

Sitzung Nr. 2 vom 23. Februar 2010

**Vorsitz** Boris Banga, Stadtpräsident

**Anwesend** Alexander Kaufmann  
Remo Bill  
Clivia Wullimann  
Daniel Trummer  
Urs Wirth  
Aldo Bigolin  
Hubert Bläsi  
Reto Mosimann  
Renato Müller  
Heinz Müller  
Ivo von Büren  
Richard Aschberger (Ersatz)  
Andreas Kummer  
Thomas Marti

**Entschuldigt** Marc Willemin

**Anwesend von Amtes wegen** Fürsprech Rudolf Junker, Leiter API & RD  
Claude Barbey, Stadtbaumeister  
Robert Gerber, Kommandant Polizei Stadt Grenchen  
Rolf Glaus, SL Bezirksschule Grenchen-Bettlach  
Luzia Meister, Stadtschreiberin  
Anne-Catherine Schneeberger-Lutz (Protokoll)

**Dauer der Sitzung** 17.00 Uhr - 18.40 Uhr

**TRAKTANDEN** (2333 - 2346)

- 1 Protokolle der Sitzungen Nr. 11 vom 27. Oktober 2009 und Nr. 12 vom 17. November 2009
- 2 2333 Mitteilungen und Verschiedenes

- 3 2334 **VERTRAULICH / NICHT VERÖFFENTLICHEN**
- 4 2335 Überparteiliches Postulat (CVP, FdP, SVP, SP): Entschärfung der Löwenkreuzung: Beschluss über Erheblicherklärung
- 5 2336 Postulat Fraktion SP: Einrichtung eines zweiten Billettautomaten beim Bahnhof Nord: Beschluss über Erheblicherklärung
- 6 2337 Interpellation Fraktion SP: Mehrzweckhalle, wie weiter?
- 7 2338 Sportstättenzone: Erarbeitung eines Masterplanes / Nachtragskredit
- 8 2339 Hochhäuser in Grenchen - eine städtebauliche Standortbestimmung / Aufnahme des Grundsatzpapiers ins städtebauliche Leitbild der Stadt Grenchen / Zweite, erweiterte Fassung
- 9 2340 Regionale Zusammenarbeit - Regionale Strukturen: Projekt Trägerschaften / Umfrage des Bau- und Justizdepartements
- 10 2341 Interpellation Richard Aschberger (SVP): Sonderkredit von CHF 1 Mio. für Bürgerschaften
- 11 2342 Regionalplanungsgruppe Grenchen-Büren (Repla GB) / Vorschlag der Stadt Grenchen für das Amt des Präsidenten
- 12 2343 Stiftung Adrian Girard und dessen Nachkommen Maria Dorer-Girard und Arthur Girard, Grenchen: Wahl der Revisionsstelle
- 13 2344 Geleitete Schulen Grenchen, Fachkommission: Genehmigung der Demission von Dr. Claudia Frey Marti und Einsetzen eines Wahlausschusses
- 14 2345 Ferienplan 2011/2012
- 15 2346 Interpellation Remo Bill (SP): Leimenstrasse Quartierstrasse?

- 0 -

### **Genehmigung der Traktandenliste:**

Gemeinderat Andreas Kummer beantragt, dass das Traktandum 14 „Mitteilungen und Verschiedenes“ aus aktuellen Anlass (Anonyme E-Mails von Barbara Banga auf dem Internetportal [www.grenchen.net](http://www.grenchen.net)) vorgezogen und zu Beginn behandelt wird.

*Der Antrag wird stillschweigend gutgeheissen.*

Das Protokoll der Sitzung Nr. 11 vom 27. Oktober 2009 wird mit folgender Bemerkung genehmigt:

**GRB 2295**

**IR 620.501 / 711.501 / Budget 2010 / Bahnhofstrasse: Solothurnstrasse - Storchengasse / Strassenbau und Kanalisation / Neugestaltung Strassenraum und Kanalisationserneuerung / Projektgenehmigung / Kreditbewilligung**

Gemäss Stadtpräsident Boris Banga ist der Verweis auf Punkt 12.1. unter Ziff. 4.1. des Beschlusses falsch. Richtigerweise sollte es heissen wie folgt:

*4.1. Das Projekt (unter Vorbehalt Punkt 1.12) und den Kostenvoranschlag der Neugestaltung des Strassenraumes der Bahnhofstrasse Nord und der Kanalisationserneuerung der Bahnhofstrasse Nord wird genehmigt.*

Das Protokoll der Sitzung Nr. 12 vom 17. November 2009 wird genehmigt.

- 0 -

## Mitteilungen und Verschiedenes

1. **Anonyme E-Mails von Barbara Banga auf dem Internetportal [www.grenchen.net](http://www.grenchen.net)**
  - 1.1. Vize-Stadtpräsident Hubert Bläsi verliest die Erklärung der bürgerlichen Parteien, Gemeinedrat Grenchen, mit dem Titel „Bürgerliche Parteien stellen Vertrauensverlust fest“:

*CVP, FDP, und SVP wollen und können nach den jüngsten Vorfällen in unserer Stadt nicht kommentarlos zur Tagesordnung übergehen. Zu gross ist das Kopfschütteln in der Grenchner Öffentlichkeit über das Verhalten des Stadtpräsidenten sowie seiner Frau. Die Version, wonach Barbara Banga die anonymen und teilweise diffamierenden Kommentare auf [grenchen.net](http://grenchen.net) geschrieben hat, ist schwer nachvollziehbar. Das Vertrauensverhältnis ist markant angekratzt.*

*Die Parteipräsidien und die Fraktionen der Grenchner Stadtparteien CVP, FDP und SVP sind enttäuscht über das Verhalten des Stadtpräsidenten-Ehepaars. Die anonymen Kommentare zu Beiträgen im [grenchen.net](http://grenchen.net) sind peinlich und würdelos. Gräben, mit tiefen persönlichen Verletzungen, ergänzt mit mangelnder Kritikfähigkeit, haben sich aufgetan. Überdies wirkt die Art und Weise wie versucht wird, die Geschichte als „Liebesbeweis“ oder „Psychohygiene“ zu rechtfertigen, eher hilflos.*

*Anstatt Reue zu zeigen, strebt man an, sich selber in der Öffentlichkeit in eine Art Opferrolle zu begeben. Dafür haben die Parteien kein Verständnis, denn in Grenchen wurden schon städtische Angestellte wegen kleineren Vergehen diszipliniert.*

*Weil Zweifel bestehen, dass die anonymen Einträge auf [grenchen.net](http://grenchen.net) nur aus der Feder von Frau Banga stammen, hat die Autorität des Stadtpräsidenten gelitten. Die Parteien sind deshalb skeptisch, ob der Stadtpräsident unter diesen Umständen die Führung der Stadtverwaltung, sowie der politischen Behörden, mit der nötigen Souveränität aufrecht erhalten kann.*

*Auftritte des Stadtpräsidenten in der Öffentlichkeit sollen ehrenvolle Momente einer würdigen Repräsentation der Stadt Grenchen darstellen. Ereignisse, wie sie im Raume stehen, schaden dem Image des Repräsentanten, wie auch den Verwaltungsangestellten, den politischen Behörden und dem Ansehen unserer Stadt. Es erträgt keine Negativschlagzeilen mehr, das Fass ist voll!*

*Leider müssen auch cholerische Ausbrüche in der Stadtverwaltung, der Gemeinderatskommission und im Gemeinderat zur Kenntnis genommen werden. Mit grosser Sorge betrachten die Parteien deshalb die hohe Personalfluktuations in bestimmten Bereichen. Vorkommnisse zeigen, dass in gewissen Fällen sehr streng vorgegangen wird. Das ist problematisch und mit Sicherheit nicht im Interesse der Stadt Grenchen sowie deren Bevölkerung.*

*Enttäuscht sind die Fraktionen von CVP, FDP und SVP im Übrigen von der SP. Wer einfach schweigt und sich nicht deutlich von den erwähnten Machenschaften distanziert, der duldet und rechtfertigt diese. Die SP Grenchen nimmt mit solchem Verhalten ihre Verantwortung nicht wahr.*

*Der Stadtpräsident hat das Vertrauen der Mehrheit des Gemeinderates aufs Spiel gesetzt. Die unterzeichnenden Parteien erwarten vom Ehepaar Banga Massnahmen zur Behebung dieser unerträglichen Situation!*

*Präsidentin CVP, Bea Corti ;*

*Präsident FDP.Die Liberalen, Dr. Alexander Kohli;*

*Präsident SVP, Richard Aschberger*

*Fraktionspräsident CVP, Andreas Kummer;*

*Fraktionspräsident FDP.Die Liberalen, Hubert Bläsi;*

*Fraktionspräsident SVP, Heinz Müller*

## 1.2. Gemeinderat Heinz Müller gibt namens der SVP folgende Stellungnahme ab:

*Die SVP Fraktion unterstreicht noch einmal, dass sie enttäuscht ist über das Verhalten des Stadtpräsidenten-Ehepaars, resp. der First Lady. Da Exponenten der SVP das Hauptziel der anonymen Angriffe auf grenchen.net waren, ist es verständlich, dass wir uns dazu dezidiert äussern. Wer politische Verantwortung für die Stadt Grenchen trägt – und das tun wir – kann zu Recht nicht einfach so tun, als ob nichts gewesen wäre.*

*Anstatt gegen Barbara Banga ein Disziplinarverfahren zu eröffnen, versucht sie, den Stadtpräsident zu decken und sich selber in der Öffentlichkeit in eine Art Opferrolle zu begeben. Dafür haben wir kein Verständnis. Zudem ist die Täter-Opferrolle im jüngsten Fall einfach und völlig klar. Es ist nicht relevant, wer als Geldgeber hinter grenchen.net steht.*

*Die an Dummheit und Lächerlichkeit nicht zu überbietenden Kommentare im grenchen.net, haben nichts mit den Besitzverhältnissen oder den wirtschaftlichen Hintergründen der Online-Zeitung zu tun, sondern es sind Zeugen eines schwachen Geistes und überheblichen Art der Verfasserin oder des Verfassers. Ich verzichte an dieser Stelle darauf, einige Passagen aus den Einträgen vorzulesen.*

*Viele Gemeinden und Städte im Kanton Solothurn wünschten sich eine Online-Zeitung wie grenchen.net. Wir haben sie. Und wir sind stolz darauf. Deshalb engagiere ich mich persönlich, zusammen mit einigen anderen Unternehmern aus Grenchen, für den Fortbestand von grenchen.net. Zurzeit gehen übrigens Anfragen fast täglich ein, ob das grenchen.net weiter bestehen wird. Gerade nach dieser Geschichte wünschen sich viele ein unabhängiges Medium, wie das grenchen.net ist. Es melden sich auch weitere Geldgeber aus der Wirtschaft und dem Gewerbe, welche absolut nicht zur SVP gezählt werden können, wie sie sich finanziell an diesem Medium beteiligen könnten.*

*Wenn das dem Stadtpräsidenten und seiner Frau nicht in den Kram passt, müssen sie lernen, damit zu leben. Grenchen.net ist redaktionell nicht mehr und nicht weniger unabhängig als etwa das Grenchner Tagblatt oder die Solothurner Zeitung. Auch diese Medien haben Geldgeber aus klar definierten politischen Richtungen im Hintergrund und werden von Journalisten gemacht, die bekannte politische Prägungen haben.*

*Natürlich stören auch wir uns ab und zu an deren Berichterstattung. Dann hat man die Möglichkeit, mit den Redaktoren zu sprechen, Leserbriefe zu schreiben oder Richtigstellungen zu verlangen. Aber blödsinnige Kommentare auf die Homepage zu schreiben, ohne Angabe von Namen und Funktion, ist – entschuldigen Sie den Ausdruck – sackschwach.*

*Wir von der SVP glauben auch nicht an das Märchen von Frau Banga, sie habe alleine und ohne Wissen ihres Mannes Tag und Nacht auf grenchen.net gewütet. Und weil in Grenchen auch sonst kaum jemand an diesen «Liebesbeweis» glaubt, hat die Autorität des Stadtpräsidenten massiv gelitten. Darum hegen auch wir grösste Zweifel daran, ob der Stadtpräsident unter diesen Umständen die Führung der Stadtverwaltung sowie der politischen Behörden mit der nötigen Seriosität und Sorgfalt aufrecht erhalten kann.*

*Eigentlich sind wir überzeugt davon, dass er es nicht mehr kann. Wer Musliminnen mit einem Burka-Verbot dazu zwingt, das Gesicht zu zeigen, selber aber fast zeitgleich anonyme Einträge in Diskussionsforen macht oder duldet, hat logischerweise auch jede politische Glaubwürdigkeit verloren. Vor allem dann, wenn solche Aktivitäten als «Liebesbeweis» deklariert werden.*

*Wir fordern den Stadtpräsidenten auf, das Volk und die Medien nicht weiter für blöd zu verkaufen, aus dem Dornröschenschlaf zu erwachen und endlich Konsequenzen zu ziehen.*

*Er ist gegenüber seiner Frau nicht unabhängig, misst mit unterschiedlichen Ellen und hält mit fragwürdigen Methoden an der Macht fest. Das ist eines Sozialdemokraten unwürdig und mit Sicherheit nicht im Interesse der Stadt Grenchen sowie ihrer Bevölkerung.*

*Dass die SP der Stadt Grenchen zu diesem Thema nichts zu sagen hat, ist sehr untypisch für diese Partei. Der Aufschrei, wären die Schuldigen aus der SVP oder einer anderen bürgerlichen Partei, wäre unüberhörbar und gewaltig gewesen. Rücktrittsforderungen an die Adresse der SVP Mandatsträger kämen täglich in den Medien. Aber jetzt schweigen die Genossinnen und Genossen mit der lächerlichen Ausrede, es sei eine Privatangelegenheit. Zum Glück ist, wie wir aus den Medien entnehmen konnten, in der Amtei- und Kantonalpartei der SP das letzte Wort dazu noch nicht gesprochen.*

*Wer das Wohl der Stadt Grenchen als oberstes Ziel hat, darf zu dieser Geschichte nicht schweigen.*

*Die SVP wird weiterhin ihre Oppositionsrolle ernst nehmen, solche Peinlichkeiten anprangern und diese nicht einfach dulden oder gar wegen juristischen Drohungen kuschen!*

1.3. Gemeinderat Andreas Kummer, CVP, nimmt in einer kurzen Erklärung ebenfalls Stellung wie folgt:

*Die CVP hält diese leidige E-Mail-Affäre für einen peinlichen Tiefpunkt und symptomatischer Ausdruck der mangelnden politischen Kultur im Umfeld des Stadtpräsidenten.*

*Die anonymen E-Mails, die der Stadtpräsident entweder verfasst oder zumindest geduldet hat, geben Ausdruck von Geringschätzung von Andersdenkenden, respektlosem Umgang mit politischen Gegnern und ausgeprägter Kritikunfähigkeit.*

*Das Motto des Stadtpräsidenten heisst: „Wer nicht spurt, fliegt“; läuft ein politisches Geschäft nicht nach seinem Willen, wird der verbale Zweihänder geschwungen, gelegentlich verbunden mit Beschimpfungen. Dasselbe hört man aus der Verwaltung. Wir sind nicht länger bereit, diese Umgangsformen des Stadtpräsidenten hinzunehmen.*

*Die CVP-Fraktion legt grossen Wert auf Anstand und Respekt im Umgang mit politisch Andersdenkenden. Auseinandersetzungen können in der Sache hart sein, müssen aber immer fair und losgelöst von der Person ausgetragen werden. Persönliche Ressentiments, Beleidigungen und Demütigungen haben in einer konstruktiven politischen Debatte keinen Platz, nicht in der Verwaltung, nicht im Gemeinderat, nicht einmal im Internet.*

*Wir erwarten vom Stadtpräsidenten, dass er seine Amt zum Wohl aller Grenchnerinnen und Grenchner in konstruktiven Dialogen mit allen Beteiligten und in Anstand und Würde vollzieht.*

1.4. Gemeinderat Urs Wirth Müller hält namens der SP-Fraktion folgende Rede:

*Es ist so: Bis jetzt hat die SP zu diesem Vorfall geschwiegen. Sie hat die ganze Geschichte als private Angelegenheit betrachtet, weil es auch im privaten Rahmen abgelaufen ist. Der Stadtpräsident hat sich mit einer Medienmitteilung klar und deutlich zu dieser Sache geäußert. Aus diesem Grund hat sich die Partei nicht geäußert. Schliesslich käme es mir nie in den Sinn, mich dazu zu äussern, was das Ehepaar Banga in ihrer Freizeit, sei es in der Küche, im Schlafzimmer oder am PC macht. Wir halten die Privatsphäre noch hoch.*

*Nun hat es aber eine andere Dimension angenommen. Da jetzt im Gemeinderat darüber gesprochen, hält die SP auch nicht mehr zurück.*

*Fakt ist, dass sich Barbara Banga zu ihrem Fehler geäußert und dafür entschuldigt hat. Und es ist ein Fehler gewesen, das sagt sie ja selbst und das sagen auch wir. Das zu kommentieren oder zu werten, in welcher Qualität dieser Fehler passiert ist, steht mir aus den vorher genannten Gründen nicht zu.*

*Was da die bürgerlichen Fraktionen aber vom Stapel lassen, ist noch wesentlich tiefer als unterste Schublade. Man könnte meinen, es gäbe in Grenchen keine anderen Probleme. Seit 100 Jahren versucht man, den SP-Stadtpräsidenten vom Thron zu stürzen. Und wenn man ihm halt politisch nicht mehr die Stange halten kann, versucht man es auf diese Art, wie es nun gemacht wurde.*

*Fakt ist, dass sich die SVP ein Medienunternehmen Untertan macht, indem sie es mit 10'000 Franken schmirt. Man fängt an, in der Privatsphäre des Stadtpräsidenten zu schnüffeln, und findet auch tatsächlich etwas, das man verwenden könnte. Man informiert andere Fraktionen - natürlich ausser mir - dass hier noch etwas käme, damit man sich strategisch darauf vorbereiten kann. Die ganze Schlammschlacht ist von den bürgerlichen Parteien wohl vorbereitet gewesen. Und als ich Paul Georg Meister angefragt habe, wieso er mich nicht informiert hat, hat dieser gesagt: ich zitiere: Wenn man es dir gesagt hätte, hätte es Boris Banga zwei Stunden später auch schon gewusst. Also transparenter und billiger geht es nicht mehr.*

*Dass die SVP einen Stil der Verleumdung und des Schlechtmachens pflegt, kennt man ja, dass sich aber die anderen bürgerliche Parteien wie FDP und CVP von solchen Machenschaften einlullen lassen, ist enttäuschend und beschämend. Es gibt eben zwei Täter bei dieser Geschichte. Die eine Täterin ist sicher Barbara Banga, welche einen Fehler gemacht hat, etwas, das man als Frau eines Stadtpräsidenten nicht machen sollte. Einverstanden. Die anderen und wahren Täter sind dort zu suchen, wo Spitzeltätigkeit und Ausspionieren normal ist, dort wo die Privatsphäre aufs Größte verletzt wird, dort, wo die Politik nur noch aus Demontieren und Diffamieren des politischen Gegners besteht. Für mich, wie gesagt, absolut unterste Schublade. Es käme mir ja auch nie in den Sinn, auszuspionieren, wo und mit wem Ivo von Büren oder Heinz Müller ihre Freizeit geniessen, obwohl das sicher auch sehr interessant wäre. Interessant ist, was die Zeitungen dazu schreiben. Es gibt offenbar Journalisten, welche die ganze Sache durchschauen und ein wenig differenzierter sehen (Urs Wirth zitiert verschiedene Zeitungsartikel und Kommentare).*

*Liebe Kollegen der bürgerlichen Fraktionen, wenn das eure Politik ist, wenn das euer Stil ist, dann habt ihr euch mit diesem Akt von der sachlichen Politik zum Wohl der Stadt Grenchen und ihren Bewohner definitiv verabschiedet. Wer solche Mittel in der Politik einsetzt, hat das Vertrauen der Bürger mit Recht verloren. Wir haben hier im Rat einen Eid geleistet. Habt ihr wohl alle im Sinne dieses Eides, im Interesse und zum Wohl der Stadt und ihren Bürger gehandelt? Dies müsst ihr selbst beurteilen. Für den Imageschaden seid ihr sicher mit verantwortlich.*

*Irgendwann wird der ganze Schlamm, den ihr jetzt verbreitet habt, auf euch zurück kommen. Und lieber Heinz Müller, denk daran: wer andere immer klein macht, wird selber nie gross.*

- 1.5. Stadtpräsident Boris Banga äussert sich nicht. Von seiner Frau und ihm gibt es eine Pressemitteilung vom 8. Februar 2010, welche bis am Ende der Sitzung aufliegt. Er geht davon aus, dass sich die Redner nicht von ihrer Meinung abbringen lassen werden.



**Stadt  
Grenchen**

---

*Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates*

*Sitzung Nr. 2*

*vom 23. Februar 2010*

*Beschluss Nr. 2334*

**VERTRAULICH / NICHT VERÖFFENTLICHEN**

# **Stadt Grenchen**

---

Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 2

vom 23. Februar 2010

Beschluss Nr. 2335

## **Überparteiliches Postulat (CVP, FdP, SVP, SP): Entschärfung der Löwenkreuzung: Beschluss über Erheblicherklärung**

Vorlage: GRB 2329/19.01.2010

1. Mit Datum vom 19. Januar 2010 reichten CVP, FdP, SVP, SP folgendes überparteiliches Postulat ein (Erstunterzeichner: Andreas Kummer):

- 1.1. *Postulatstext:*

*Auf der Löwenkreuzung in Grenchen ereignen sich überdurchschnittlich viele Unfälle mit meist Sach-, teilweise aber auch mit Personenschaden. Im Jahr 2008 wurden 8, im Jahr 2009 (bis Oktober) 5 Unfälle gezählt, einer davon mit Todesfolge. Hinzu kommen Unfälle, die nicht gemeldet werden und in der Statistik nicht auftauchen.*

*Die Überquerung der Löwenkreuzung auf der Hauptstrasse Richtung Ost-West-Ost ist problematisch, weil die Verkehrsteilnehmer auf der Nord-Süd-Nord-Achse generell sehr spät wahrgenommen werden und häufig eine relativ hohe Geschwindigkeit aufweisen. Hinzu kommt, dass zusätzlich Linksabbieger und Fussgänger im Auge behalten werden müssen, was für den Verkehrsteilnehmer zu Stresssituationen führt. Die Unübersichtlichkeit führt nebst Unfällen zusätzlich bei höherem Verkehrsaufkommen (Feierabendverkehr) zu Rückstau in beide Richtungen.*

*Wir gelangen mit der Bitte an das Stadtpräsidium und die damit befassten Behörden, bauliche Massnahmen zu prüfen, mit denen es möglich ist,*

1. *die Unfallgefahr auf der Löwenkreuzung auf ein minimales Mass zu reduzieren, und*
2. *auf der Löwenkreuzung für alle Verkehrsteilnehmer einen harmonischen Verkehrsfluss zu schaffen.*

2. Begründung des Postulanten

- 2.1. Gemäss Gemeinderat Andreas Kummer ist es nichts Neues, dass die Löwenkreuzung ein problematischer Verkehrspunkt in Grenchen ist. Es gab schon früher politische Vorstösse in diesem Bereich. Die Fraktionen CVP, FdP, SVP, SP wollen jetzt wieder Bewegung in diese Geschichte bringen, weil sich immerhin erhebliche Unfälle auf der Löwenkreuzung ereignen, eine sogar mit Todesfolge. Die Bevölkerung nimmt die Löwenkreuzung als unangenehm wahr, weil sie nicht gut befahrbar ist. Der Verkehrsfluss ist schlecht. Das Überqueren der Löwenkreuzung löst bei Fussgängern und Automobilisten Stress aus. Die Postulanten möchten, dass eine Lösung erarbeitet wird, welche erstens die Sicherheit erhöht und zweitens den Verkehrsfluss verbessert. Er bittet den Rat, das überparteiliche Postulat erheblich zu erklären.

### 3. Erläuterungen

Stadtbaumeister Claude Barbey nimmt Stellung wie folgt:

- 3.1. Die Löwenkreuzung wurde im Zuge der flankierenden Massnahmen zur A5 von einem lichtsignalgesteuerten Knoten mit Priorisierung der West-Ost-Achse zu einem konventionellen Knoten mit Vortrittsentzug auf der West-Ost-Achse umgebaut. Die Lösung basiert auf dem übergeordneten Verkehrskonzept der Stadt Grenchen, welches in den letzten Jahren Schritt für Schritt umgesetzt wurde und nun insgesamt eine gute Wirkung erzielt. Korrekturen und Verfeinerungen sind bei solchen grösseren Eingriffen unumgänglich. Nach einer anfänglichen Gewöhnungsphase mit einer grösseren Unfallhäufigkeit hat sich jedoch gezeigt, dass der Knoten immer noch als Unfallschwerpunkt einzustufen ist. Seit dem Umbau wurden 45 Unfälle registriert. Die Unfälle erfolgen in sehr unregelmässigen zeitlichen Abständen und mit unterschiedlicher Häufigkeit. Die häufigsten Unfallverursacher sind die Verkehrsteilnehmer aus Richtung Osten. Stadt und Kanton sind sich einig, dass Handlungsbedarf besteht.
- 3.2. Die Achse Bielstrasse / Solothurnstrasse, im Zentrumsbereich von Grenchen, ist heute noch eine Kantonsstrasse. Da sie mit der neuen Führung der Hauptachsen nicht mehr Bestandteil des übergeordneten kantonalen Strassennetzes ist, soll sie an die Stadt Grenchen abgetreten werden. Unabhängig dieser Frage ist der Kanton jedoch bereit, an einer verbesserten Lösung mitzuwirken und auch allfällige Kosten mit der Stadt zu teilen.
- 3.3. Diverse Lösungsansätze oder Umsignalisationen werden von verschiedenster Seite immer wieder angeregt. Als erste Massnahme muss ein effektives Ursachenbild erstellt werden. Ziel ist, nach vertiefter Beurteilung der Konfliktursachen, die Ausarbeitung eines Konzeptes für Korrekturmassnahmen. Die Sichtweise muss über den unmittelbaren Knotenbereich hinaus gehen und ebenfalls die Übergänge Strecke/Knoten auf alle weiteren Knotenästen einzubeziehen. Es geht dabei darum, die Abstimmung zu den angrenzenden Regimen, insbesondere den Begegnungszonen und damit eine konsistente Gesamtlösung zu erreichen. Nebst dem Ziel der Verkehrssicherheit muss auch die Wirkung in Bezug auf die angestrebte Verkehrsführung zum übergeordnete „Y“ gestärkt werden.
- 3.4. Eine bereits gebildete Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern des AVT, BD Grenchen, der Stadtpolizei Grenchen sowie eines beigezogenen Verkehrsplaners, wird die Problematik nun rasch angehen. Es werden bis zum Frühsommer 2010 (die Verkehrszählungen werden erst im Juni 2010 durchgeführt) Lösungsansätze ausgearbeitet.
- 3.5. Gemäss Robert Gerber, Kommandant Polizei Stadt Grenchen, muss sich die Polizei im Gegensatz zu anderen Leuten an die Fakten halten. In den letzten Jahren sind gemäss Statistik bis zu 159 Unfälle in der Stadt Grenchen passiert. Es kommt auch darauf an, wie die Aufnahmepraxis der Kantonspolizei jeweils ist. Im Jahr 2006 hat man angefangen, auch Beschädigungen von Signalständern als Unfälle aufzunehmen. Davon ist man mittlerweile wieder abgekommen. Im letzten Jahr (2009) gab es insgesamt 98 Unfälle. Ein Jahr (2008) zuvor waren es total 121. Die Löwenkreuzung ist die zweitmeist befahrene Kreuzung in der Stadt Grenchen. Man rechnet mit 450'000 Bewegungen pro Jahr, im Gegensatz zur "Hegelbach"-Kreuzung, wo es gegen eine halbe Million Bewegungen hat. Im 2008 gab es acht Unfälle mit zwei Verletzten auf der Löwenkreuzung. Im selben Jahren ereigneten sich bei der Ausfahrt ETA-Parkplatz fünf Unfälle mit fünf Verletzten. Im Jahr 2009 passierten auf der Löwenkreuzung fünf Unfälle mit zwei Verletzten und leider einem Todesopfer.

#### 4. Diskussion

- 4.1. Gemeinderat Alexander Kaufmann erklärt, dass auch die SP-Fraktion voll und ganz hinter diesem Postulat steht. Es kann nicht sein, dass eine neue Verkehrsführung mehr Unfälle verursacht als die vorgängige Situation. Sie steht nach wie vor zum Verkehrskonzept und ist von dessen Funktionalität überzeugt. Es gibt jedoch ein paar Knotenpunkte und Abschnitte, welche Verbesserungspotential aufweisen. Die Löwenkreuzung gehört mit dazu. Man sollte die Umsetzung von verkehrstechnischen Massnahmen vorantreiben, solange der Strassenabschnitt noch im Besitze des Kantons ist. So können die Kosten vernünftigerweise grösstenteils dem Kanton übertragen werden. Fakt ist; die momentan unbefriedigte Situation Löwenkreuzung schreit nach sofortigem Handlungsbedarf. Die Planung der Massnahmen muss so rasch als möglich vorangetrieben werden, damit sich nicht noch mehr Unfälle mit Personenschaden ereignen.
- 4.2. Keine weiteren Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

#### 5. Beschluss

- 5.1 Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass sowohl das kantonale Amt für Verkehr und Tiefbau (AVT) und die Baudirektion nach Verbesserungen suchen und die Kosten allfälliger Korrekturen zwischen Stadt und Kanton zu gleichen Teilen aufgeteilt werden.
- 5.2 Das überparteiliche Postulat wird erheblich erklärt. Nach dem Vorliegen, respektive Umsetzung verkehrstechnischer Massnahmen kann das Postulat abgeschrieben werden.

**Vollzug:** BD, Stapo

Stapo  
BD

6.0.1 /acs

# **Stadt Grenchen**

---

Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 2

vom 23. Februar 2010

Beschluss Nr. 2336

## **Postulat Fraktion SP: Einrichtung eines zweiten Billettautomaten beim Bahnhof Nord: Beschluss über Erheblicherklärung**

Vorlage: GRB 2330/19.01.2010

1. Mit Datum vom 19. Januar 2010 reichte die SP-Fraktion folgendes Postulat ein (Erstunterzeichnerin: Clivia Wullimann):

- 1.1. *Postulatstext:*

*Die Stadtverwaltung sei dafür besorgt zu sein, dass am Bahnhof Grenchen Nord ein zweiter Billettautomat errichtet wird.*

*Begründung:*

*Der Südbahnhof in Grenchen wurde im grossen Stil ausgebaut. Dafür schlossen die Schalter beim Bahnhof Grenchen am 28. November 2009. Billette sind beim Bahnhof Nord seit diesem Datum nur noch beim einzig vorhandenen Automaten zu lösen. Zu den Stosszeiten, wenn viele Reisende ihr Billett lösen müssen, ist eine lange Wartezeit in Kauf zu nehmen. Der Reisende ist gezwungen, lange Zeit vor der Abfahrt des Zuges beim Bahnhof Nord zu erscheinen. Es gibt aber auch dann keine Garantie, dass er noch rechtzeitig ein Billett ergattern kann. Und ist ihm der Kampf um einen Fahrschein einmal nicht gelungen und er ist gezwungen, im Zug ein Billett zu lösen, wird er mit einem Zuschlag von Fr. 10.-- bestraft. Von Kundenfreundlichkeit kann hier keine Rede sein.*

*Im Bericht von Frau Siegenthaler auf Grenchen.net vom 25.11.2009 zitiert diese Herrn Daniel Hafner, Leiter der Bahnhöfe Grenchen Süd und Nord. Gemäss seiner damaligen Aussage würden nach der Schliessung der Schalter am Bahnhof Nord am 28. November 2009 zwei Billettautomaten zur Verfügung stehen. Bis heute, wir schreiben bereits den Monat Januar 2010, keine Spur von einem zweiten Automaten! Müssen wir Grenchner uns diese Vernachlässigung durch die Verantwortlichen der Bahn gefallen lassen? Die Stadtverwaltung ist aufgefordert, die Realisierung eines zweiten Automaten an die Hand zu nehmen.*

2. Begründung der Postulantin

- 2.1. Gemäss Gemeinderätin Clivia Wullimann wurde der Bahnhof Süd ausgebaut. Damals wurde versprochen, dass nach der Schliessung des Bahnhofs Nord ein zweiter Automat aufgestellt würde. Bis heute steht kein zweiter Automat dort.

Gerade in Stosszeiten führt dies zu Problemen. Es bildet sich eine Schlange von Reisenden, die eine Fahrkarte lösen wollen. Entweder geht man dann ohne Billett in den Zug und muss bei einer Kontrolle mit einer Busse rechnen oder man verpasst den Zug. Dies ist eine sehr unbefriedigende Lösung. Sie hat auch mit Daniel Hafner, Vorsteher Bahnhof Süd, gesprochen; dieser sieht den Bedarf nach einem zweiten Automaten auch ein. Soviel sie herausgefunden hat, handelt es sich um ein Problem bezüglich der Kompetenzen SBB und BLS. Offenbar gehören die Leitungen zur BLS und der Automat zu den SBB, was zu Koordinationsproblemen zwischen beiden Unternehmen führt. Sie bittet den Rat, das Postulat erheblich zu erklären. Damit wird Druck ausgeübt, damit etwas unternommen wird. Sie spricht hier im Namen der betroffenen Bevölkerung, welche jeden Morgen Schlange stehen muss, um ein Billett zu lösen.

### 3. Erläuterungen

Stadtbaumeister Claude Barbey nimmt Stellung wie folgt:

- 3.1. Aufgrund von Rückfragen bei den Verantwortlichen der SBB, BLS und der Behandlung der Anfrage in der Arbeitsgruppe Öffentlicher Verkehr AGöV kann das Postulat wie folgt beantwortet werden:
  - 3.1.1 Der versprochene zweite Billettautomat ist seit längerer Zeit bei der SBB auf Abruf bereit. Folgende Punkte haben zu einer Verzögerung der Installation geführt:
    - Die unterschiedlichen Zuständigkeiten - SBB für den Stationsbetrieb, BLS als Eigentümerin der Immobilie und des Areals - erschwerten die Bestimmung des Standortes! Diese Verzögerung ist dahingehend zu erklären, dass die BLS als Besitzerin des Bahnhofgebäudes Verhandlungen mit einem Mieter und Nutzer des Erdgeschosses führt. Dabei wird eine Gesamtbetrachtung inklusive Lage der Kurzzeitparkplätze angestrebt. Der Vertragsabschluss mit einem neuen Mieter steht nach Auskunft der BLS Immobilien kurz bevor.
    - Offensichtlich haben sich aus den gleichen Gründen auch Diskussionen über den Kostenteiler zwischen den beiden Bahngesellschaften zur zeitlichen Verzögerung beigetragen. Nach Auskunft der BLS soll auch diese Lösung nun gefunden werden.
  - 3.2. Nach Angaben des verantwortlichen Leiter Hochbauten der BLS soll der zweite Automat Mitte April 2010 endlich betriebsbereit sein.
  - 3.3. Dass zwei Bahngesellschaften für ein so einfaches Problem so viel Zeit und Aufwand benötigen ist unverständlich, buchstäblich „auf/an der Strecke“ bleiben die Bahnkunden.

### 4. Diskussion

- 4.1. Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

5. Beschluss

- 5.1. Die Abklärungen für die Verzögerungen sind erfolgt, die Baudirektion sorgt bei der BLS und SBB für die versprochene Inbetriebnahme des zusätzlichen Automaten.
- 5.2. Das Postulat wird erheblich erklärt. Sobald ein weiterer Automat betriebsbereit ist, kann das Postulat abgeschrieben werden.

**Vollzug:** BD

BD  
AgöV  
Wifö  
FV

6.5.1 / acs

## **Interpellation Fraktion SP: Mehrzweckhalle, wie weiter?**

Vorlage: BD/11.02.2010

1. Mit Datum vom 27. Oktober 2009 reichte die SP-Fraktion folgende Interpellation ein (Erstunterzeichner: Alexander Kaufmann):

- 1.1. *Interpellationstext*

*Seit Jahrzehnten liebäugelt die Stadt Grenchen mit einer Mehrzweckhalle. Verschiedene Projektstudien gab es viele. Eine davon wurde kurz vor der Realisation vom Stimmvolk an der Urne abgelehnt. Nun ist die Zeit reif, das Thema wieder von neuem aufzugreifen. Im Zusammenhang mit der Sportstättenplanung wird das Projekt Mehrzweckhalle zurzeit intensiver diskutiert. Mehrere Gespräche mit verschiedensten Interessengruppen und möglichen Investoren haben bereits stattgefunden.*

*Trotz der zurzeit schwierigen Wirtschaftslage sollten Planung und Verhandlungen mit sämtlichen in Frage kommenden Partner und Investoren weitergeführt werden.*

*Ob schlussendlich eine Mehrzweckhalle, eine Multifunktionssporthalle oder eine Dreifach-Turnhalle realisiert wird hängt stark von den verschiedenen Benützern und ihren Bedürfnissen aber auch von den finanziellen Möglichkeiten ab.*

*Die Tatsache, dass die Realisation einer solchen Halle immer in eine wirtschaftlich schlechte Zeit fällt, sollte diesmal gestoppt werden. Innovatives Denken, eine Portion Mut und der Glaube an die Zukunft sollte unsere Triebfeder sein, das Vorhaben Mehrzweckhalle trotzdem voranzutreiben.*

*Deshalb bitten wir die Stadtverwaltung um die Beantwortung folgender Fragen:*

1. *Wie ist der aktuelle Stand der Gespräche mit Interessengruppen und Investoren?*
2. *Wie ist der Stand der Planung? Gibt es konkrete Projektstudien und wenn ja, an welchem Standort?*
3. *Ist diesbezüglich ein Planungskredit im Budget der kommenden Jahre vorgesehen?*
4. *Inwieweit kann das Vorhaben politisch mitgetragen und unterstützt werden?*
5. *Wie sieht das weitere Vorgehen aus? In welchem Zeitrahmen könnte ein solches Projekt realisiert werden?*



## 2 Beantwortung

- 2.1. Gemäss Stadtpräsident Boris Banga wurde die Interpellation von der Baudirektion beantwortet. Die Interpellationsantwort wurde mit den Unterlagen zum heutigen Gemeinderat versandt und wird nicht mehr verlesen. Der Interpellant kann sich mit kurzer Begründung von der Antwort befriedigt, teilweise befriedigt oder nicht befriedigt erklären (§ 35 Abs. 3 GO). Eine Diskussion findet nur auf Antrag und nach Beschluss der Mehrheit der Stimmenden statt (§ 35 Abs. 4 GO).

## 3. Begründung

- 3.1. Alexander Kaufmann bedankt sich für die Beantwortung seiner Interpellation. Danke für die detaillierten Auskünfte von Seiten der Baudirektion und des Stadtpräsidenten. Er ist froh und es stimmt ihn zuversichtlich, dass das Thema Mehrzweckhalle, sei es in der Verwaltung, Politik aber auch in der Öffentlichkeit, das Interesse weckt und so das nötige Gewicht erhält. Das Mehrzweckhallenprojekt ist auch ein wesentlicher Bestandteil der Sportstättenplanung und muss zwingend in der Sportstättenzone integriert sein. Darum darf man heute ebenfalls über einen Nachtragskredit für die Erarbeitung eines Masterplanes beschliessen. Es freut ihn, festzustellen, dass die Planung und die Gespräche mit den Interessenten auf einem guten Stand sind. Den Verantwortlichen wünscht er weiterhin gute und konstruktive Verhandlungen mit den verschiedenen Interessengruppen und allfälligen Investoren. Er zeigt sich von der Beantwortung seiner Interpellation befriedigt. Er verlangt jedoch, dass der Gemeinderat in regelmässigen Abständen über die weitere Entwicklung und den Stand der Arbeiten informiert wird.
4. Es liegt kein Antrag auf Diskussion vor. Das Geschäft wird damit als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

BD  
FV

3.4.5 / acs

# Stadt Grenchen

Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 2

vom 23. Februar 2010

Beschluss Nr. 2338

## Sportstättenzone: Erarbeitung eines Masterplanes / Nachtragskredit

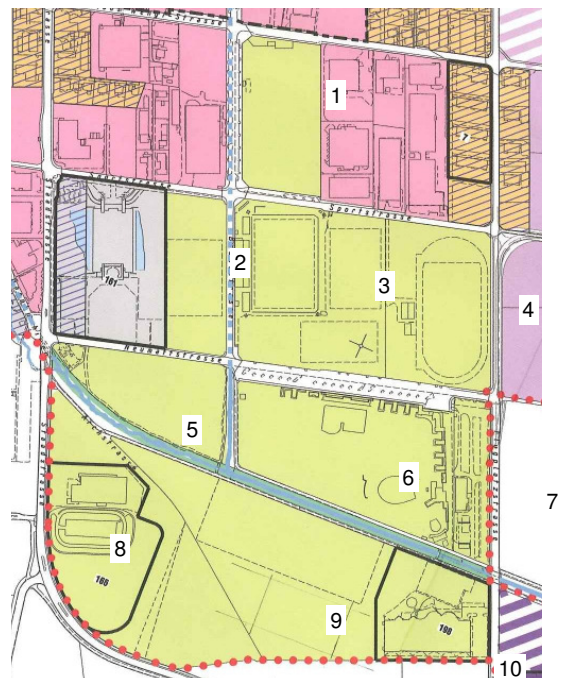
Vorlage: BAPLUKB 8/18.01.2010

### 1. Erläuterungen zum Eintreten

1.1. Vor dem Hintergrund verschiedener Bedürfnisse, Projektideen und Nutzungskonflikte im Bereich der Sportstättenzone drängt sich eine übergeordnete, gesamtheitliche Planung über dieses Gebiet auf. Damit kann auch der, mit GRB 2009 vom 22.01.2008 erheblich erklärten, „Motion Sportstättenplanung“ der SP und den von Seiten der Fussballvereine anlässlich der GV vom 15. Dezember 2009 eingebrachten Anliegen Rechnung getragen werden.

### 1.2. Sportstättenzone: Übersicht:

Nr	Nutzung	m <sup>2</sup>
1	Fussball	16'798
2	Fussball, MIA	13'445
3	Fussball	33'942
4	Leichtathletik (Privat)	23'611
5	Fussball	15'827
6	Schwimmbad	34'583
7	Parkplatz, Boccia,	8'123
8	Reitsport (Baurecht)	44'370
9	Fussball	38'559
10	Tennis (Baurecht)	15'084
<b>Total Sportstättenzone</b>		<b>244'34</b>



Eines der auffälligsten und wichtigsten Merkmale der Sportstättenzone ist ihre Grosszügigkeit und die klare Anordnung der Anlagen. Durch die konsequente ortogonale Disposition und Abfolge der Sportanlagen erhält die Zone eine überdurchschnittliche Raumqualität. Dieses gute und grosszügige Raumgefühl muss unbedingt beibehalten werden.

Die bestehenden Bauten und Anlagen, insbesondere das Schwimmbad und die Tribüne des Fussballstadions sowie die „Islerkuppeln“ der Tennishalle zeichnen sich durch ihre hohe architektonische Qualität aus. Mit diesen heute immer noch richtungweisenden Bauwerken wird ein architektonischer Landmark von hohem Niveau definiert, diese Qualitätsstandards gilt es bei neuen Bauten zu übernehmen und beizubehalten.

### 1.3. Bedürfnisse

- Neues Fussballtrainingsfeld, Stadt Grenchen: Als eine der ersten Massnahmen müsste, um den anhaltenden Engpässen zu begegnen, ein neues Kunstrasen-Fussballtrainingsfeld erstellt werden. Ausserdem drängt sich diese Massnahme je nach Situation auch als Realersatz für den allfälligen Flächenbedarf einer Sporthalle auf. Im Finanzplan AFIP ist für das Jahr 2012/13 ein Kunstrasenfeld geplant, je nach Entwicklung müsste dieses sogar vorgezogen werden.
- Turnhalle für das BBZ, Kanton SO: Zur Sicherstellung des obligatorischen Lehrlingsturnens benötigt der Kanton eine Turnhalle. Für die Verantwortlichen steht zurzeit eine Mietlösung im Vordergrund, die Erstellung durch den Kanton wird jedoch auch in Betracht gezogen. Südlich des heutigen BBZ besteht die Möglichkeit eine Dreifachturnhalle zu erstellen. Areal wie auch Grundinfrastruktur (Haustechnik, Wärme) wären vorhanden, ein Bau könnte ohne Beeinträchtigung der restlichen räumlichen Dispositionen in der Sportstättenzone als Erweiterung des BBZ realisiert werden.
- Mehrzweck- Dreifachsportturnhalle, Turnverein Grenchen: nach ersten Ideen der Initianten sollte das Projekt ca. zur Hälfte auf eigenem und zur Hälfte auf städtischen Boden zu stehen kommen. Die vom Turnverein vorgeschlagene und selber skizzierte Situationslösung vermag nicht zu überzeugen, sie integriert sich nicht in die bestehende Sportstättenzone und beeinträchtigt auch die bestehende Turnerstadionanlage des Vereins. Die Standortfrage kann nur in einer Gesamtbetrachtung gelöst werden. Die Synergien mit den Bedürfnissen des Kantons sind offensichtlich.
- Sanierung der Leichtathletikanlagen, Turnverein Grenchen: Die Geometrie des Turnerstadions entspricht einer wettkampftauglichen Anlage. Die anstehende Sanierung könnte unabhängig, schon heute gestartet werden. Eine Finanzierung durch Turnverein und Zuwendungen der öffentlichen Hand (Kanton, Bund, Leichtathletik, Lotteriefond etc.) wären realistisch.
- Multifunktionale Ausstellungsräume für MIA und Andere: Im Rahmen der jährlichen Ausstellungstätigkeit der MIA stellt sich immer wieder die Frage des Standorts dieser Messe. Sie führt jeweils zu einer vorübergehenden Einschränkung der Trainingsmöglichkeiten für den Fussball und birgt entsprechendes Konfliktpotential. Die Messe hat mittlerweile eine kritische Grösse erreicht, bei der sich die Frage stellt ob sich eine Einbindung in eine feste Infrastruktur rechnen würde, zumal die Auf- und Abbauarbeiten bei der heutigen Ausstellungsform aufwändig sind. Eine MZH-Ausstellungslösung wäre auch für andere Ausstellungen von Gewerbe oder Kultur von Interesse.

- Gedeckter Velodrom mit Indoorsporthalle, private Initiative: Diese Idee umfasst eine Halle mit Aussenmassen von rund 70m x 100m und ca. 18m Höhe und soll als Hauptattraktion eine 250m-Radrennbahn mit gegen 500 Zuschauerplätzen aufnehmen. Im dadurch vorhandenen Innenvolumen könnten weitere Nutzungsmöglichkeiten (z.B. Handball, Volleyball, Trampolin, Unihockey, Fussball-Hallentraining, etc.) Platz finden. Auch Ausstellungsmöglichkeiten könnten in einem solchen Konzept untergebracht werden. Dass die Idee Synergieeffekte anbietet liegt auf der Hand, gleichzeitig birgt sie aber auch grosse Risiken bezüglich Finanzierung und Betrieb. Eine solche Halle lässt sich nur mit einer ergänzenden Mantelnutzung und einer garantierten Grundauslastung wirtschaftlich rechnen. Die Realisierung mit den ursprünglichen Initianten scheint nicht realistisch. Zurzeit prüft jedoch ein anderer Investor eine Beteiligung an einem solchen Projekt.
- Tribünausbau Ost im Fussballstadion Brühl: Die Organisatoren des Uhrencup stossen bei der kleinen Tribüne immer wieder auf Sicherheitsprobleme (fehlende Sektoren), aber auch das Fassungsvermögen ist dafür zu bescheiden. Auch hier liessen sich mit dem Einbezug einer grösseren Ost-Tribüne als Seitenbauteil einer Hallenlösung Synergien generieren.
- Neuer Garderobentrakt, G.S. Italgrenchen: Am heutigen Standort auf dem SWG-Areal wird 2009/10 ein Garderobenersatz realisiert. Das, in mobiler Containerbauweise ausgeführte, Projekt von Italgrenchen wird durch die Stadt wesentlich mitfinanziert. Auf die Sportstättenproblematik hat das Projekt aktuell keinen Einfluss, mittelfristig kann das Gebäude aber nicht an diesem Standort bleiben. Ein Ersatzstandort ist deshalb in die Überlegungen einzubeziehen.
- Parkplätze: Dies waren bisher nicht Gegenstand bestimmter Forderungen, es liegt aber in der Natur der Sache, dass bei ergänzenden oder erweiterten Sportnutzungen auch dieser Frage eine grössere Bedeutung zukommt. Je nach Baukomplex müssten weitere Parkplätze erstellt werden.

#### 1.4. Grundsätzliches

- In erster Priorität ist ein neuer Standort für ein Fussball-Trainingsfeld festzulegen.
- Ein neuer Mehrzweckbau muss die in der Zone bestehenden Nutzungskonflikte lösen beziehungsweise entflechten.
- Initiativen privater Trägerschaften sind zu unterstützen, Einzelprojekte sind jedoch nicht erwünscht. Synergien sind anzustreben und möglichst zu nutzen.
- Die räumliche und architektonische Qualität der Sportstättenzone ist zu erhalten, Neubauprojekte müssen sich ins Gesamtbild und Konzept einordnen.
- Die Wirtschaftlichkeit von Mantellösungen ist vertieft zu untersuchen. (Ausweitung der Ausstellungstätigkeiten, Kultur, Kommerz etc.).
- Eine Erweiterung der Sportstättenzone scheint im heutigen Zeitpunkt nicht realistisch.

## 1.5. Vorgehen / Planung

1.5.1 Zur Begleitung der „Planung Sportstätten“ wird ein Projektausschuss eingesetzt, welcher aus folgenden Interessengruppen zusammengesetzt ist:

- Bau-, Planungs- und Umweltkommission	.....
- Fussballvereine	.....
- Turnverein	.....
- OK Uhrencup	.....
- MIA	.....
- Standortmarketing, Kultur und Sport	.....
- Baudirektion	Claude Barbey, Stadtbaumeister
Koordination (ohne Stimmrecht)	Jürg Vifian, Chef Hochbau

Aus Gründen der Ausgewogenheit soll von jeder Interessengruppe nur je ein Vertreter im Projektausschuss Einsitz nehmen.

1.5.2 In einem ersten Schritt ist ein Masterplan, allenfalls mit mehreren Varianten, über die gesamte Sportstättenzone zu erarbeiten. Dieser soll die Nutzungszuordnungen für die ganze Sportstättenzone und die Baufelder für neue Hochbauten, mit Maximalabmessungen und Nutzungsinhalten, festlegen. Die möglichen Varianten sind mit einer Nutzwertanalyse o.ä. gegenüberzustellen. Den Teilprojekten sind Prioritäten für die Etappierung (Entwicklungskonzept) und Kostenschätzungen zuzuordnen. Für diese Arbeiten wird ein externer Planer beigezogen.

1.5.3 Masterplan und Entwicklungskonzept sind, als behördenverbindliche Instrumente, dem Gemeinderat zur Genehmigung vorzulegen. Ziel ist es diese Grundlagenarbeit bis zu den Sommerferien 2010 abzuschliessen, damit daraus resultierende Investitionen rechtzeitig in die Finanzplanung einfließen können.

1.5.4 Nach der Genehmigung der Planungsgrundlagen durch den Gemeinderat sind für die einzelnen Teilprojekte, in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Nutzern und Investoren, Detailprojekte zu erarbeiten.

1.6. Kosten

Erarbeitung Masterplan/Entwicklungskonzept	Fr.	42'000.00
Nebenkosten	Fr.	2'000.00
Reserve für unvorhergesehene Zusatzarbeiten	Fr.	<u>6'000.00</u>
Total Projektierungskosten	<b>Fr.</b>	<b>50'000.00</b>

2. Eintreten

2.1. Gemeinderat Remo Bill erachtet die Erarbeitung eines Masterplanes für die Sportplatzzone als zwingend notwendig. Es braucht für die ganze Sportstättenzone eine Planung mit Varianten der verschiedenen Nutzungsanordnungen. Mit diesen Massnahmen kann verhindert werden, dass ein einzelnes Projekt oder eine Nutzung am falschen Standort realisiert wird. Es müssen Baufelder für neue Hochbauten festgelegt und definiert werden. Die bestehenden Bauten und Anlagen - Schwimmbad, Tribüne Fussballstadion und die Isler-Kuppeln der Tennishalle - sind von hoher architektonischer Qualität. Diese Qualitätsstandards müssen bei neuen Bauten übernommen werden. Mit einem Architekturwettbewerb könnte, zu gegebener Zeit, der gewünschte Standard erreicht werden.

- 2.2. Gemäss Vize-Stadtpräsident Hubert Bläsi hat bekanntlich auch die FDP-Fraktion für die Ausarbeitung einer Sportstättenplanung votiert. Eine gesamtheitliche Planung drängt sich vor allem deshalb auf, weil es das Ziel sein muss, möglichst viele Interesse und Bedürfnisse unter einen Hut zu bringen. Die FDP schätzt es, dass die möglichen Varianten mit einer Nutzwertanalyse überprüft werden sollen. Ebenso ist es richtig, für die Teilprojekte ‚Priorisierungen für die Etappierung‘ und Kostenschätzungen vorzunehmen. Es ist ein ambitiöser Vorsatz, diese Studienarbeit bis zu den Sommerferien 2010 abschliessen zu können. Umso wichtiger ist es aber, dass man dies schafft. Die FDP wartet schon lange auf diese Grundlagen. Sie ist auch überzeugt, mit klaren Ergebnissen einen grossen Beitrag für die Umsetzung von möglichen Projekten leisten zu können. Denn mit sinnvollen Vorgaben wird auch die Gefahr von einem allfälligen Scherbenhaufen gebannt. Die FDP-Fraktion ist für Eintreten und wird dem Beschlussesentwurf zustimmen – auch deshalb weil sie dieses Vorgehen anlässlich der letzten Gemeindeversammlung den antragsstellenden Vertretern (u.a. Christian Schlup) der Fussballclubs so versprochen hat.
- 2.3. Die CVP, so Gemeinderat Thomas Marti, ist ebenfalls für Eintreten und der Meinung, dass seitens der Stadt Grenchen eine Anschubfinanzierung nötig ist, um eine erfolgreiche Erarbeitung eines Masterplanes Sportstättenzone zu realisieren.
- 2.4. Gemäss Richard Aschberger, Ersatz-Gemeinderat, ist die SVP für den Antrag und Beschlussesentwurf. Sie findet es gut und sehr wichtig, dass das Projekt als Ganzes geplant wird und es keine Einzelaktionen gibt, die nachher alles hemmen könnten. Die Infrastruktur in Grenchen sollte als Ganzes betrachtet werden. Dabei sollen die verschiedenen Bedürfnisse im Wettbewerb zu einander stehen. So sollte sichergestellt sein, dass jede Interessengruppe berücksichtigt und zügig vorwärts gegangen werden kann.  
Eintreten wird beschlossen.

### 3. Detailberatung

- 3.1. Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

### 4. Beschluss

- 4.1. Für die Begleitung der „Planung Sportstätten“ wird der Projektausschuss gemäss Ziffer 1.5.2.1 eingesetzt.
- 4.2. Der erforderliche Nachtragskredit von Fr. 50'000.00 für den Beizug eines externen Planers, zu Lasten LR 2010, Rubrik 027.318.50 Honorare für Studien und Projektarbeiten, wird bewilligt.

**Vollzug:** BD

BAPLUK  
BD  
FV  
SMKS

3.4.5 / acs

## **Hochhäuser in Grenchen - eine städtebauliche Standortbestimmung / Aufnahme des Grundsatzpapiers ins städtebauliche Leitbild der Stadt Grenchen / Zweite, erweiterte Fassung**

Vorlage: BAPLUKB 3/18.01.2010

### 1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Gemäss Stadtbaumeister Claude Barbey wurde an der Sitzung vom 31. August 2009 der BAPLUK erstmals die städtebauliche Standortbestimmung zu Hochhäusern in Grenchen vorgestellt. Der damaligen Fassung vom Juni 2009 wurde mit 5 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme zugestimmt (BAPLUKB Nr. 75 vom 31.08.2009). Die BAPLUK betrachtete das Thema Hochhaus als städtebauliche Chance für Grenchen. Es wurde die Meinung vertreten, dass man mit entsprechendem Mitspracherecht der Stadt, dem Thema positiv gegenüberstehen soll. Ein Mitglied beurteilte die Hochhausidee kritischer und konnte sich der positiven Grundhaltung zum Thema Hochhaus nicht anschliessen.

In der Folge wurde der Bericht aufgrund der laufenden Gespräche mit der Real Estate zum Standort Wiesenstrasse sowie der Diskussionen an den Wohntagen zum Thema Hochhäuser zurückgehalten und auf eine Weiterreichung des Geschäfts an den Gemeinderat vorläufig verzichtet. Die Baudirektion entschied sich für eine Ergänzung des vorliegenden Berichtes. Insbesondere sollten die Illustrationen zu den einzelnen Standortvorschlägen (Kap. 8) besser visualisiert werden und die Auswirkungen auf die Stadtansicht sollen gezeigt werden (Kap. 9). Zusätzlich wurde eine generelle Einführung zum Thema Hochhaus von Lukas Walter eingefügt (Kap. 2), sowie ein Raum definiert in welchem Hochhäuser aufgrund bestimmter Kriterien denkbar sind (Kap. 7).

- 1.2. Im Rahmen der Ortsplanungsrevision 1999/2002 wurde für die Stadt Grenchen ein städtebauliches Leitbild, bestehend aus einem Leitplan und Leitblättern erarbeitet. Die Leitblätter enthalten zu spezifischen Themen einen Beschrieb bzw. eine Beurteilung sowie städtebauliche Zielsetzungen für die zukünftige Entwicklung. Bereits in diesem Papier wird im Bereich des Monbijoukreises ein zweites Hochhaus als Pendant zum Ruffinihochhaus thematisiert.

Gemäss Baureglement (§3) dienen die Leitblätter als Beurteilungsgrundlage für alle öffentlichen und privaten Bauvorhaben.

- 1.3. Anfragen zu Hochhäusern als Auslöser für eine städtebauliche Standortbestimmung

Zurzeit liegen der Baudirektion zwei Anfragen von privaten Investoren zu Hochhausprojekten vor.

Die entsprechenden Rahmenbedingungen wie konkrete Standorte, Gebäudehöhen, Nutzungsverteilungen etc. sind Gegenstand von laufenden Diskussionen.

- 1.3.1 Eine Anfrage betrifft das Gebiet zwischen Wiesenstrasse und Oelirain (Espace Real Estate). Eine Aufgabenbeschreibung für die Durchführung eines Ideenwettbewerbs soll demnächst erarbeitet werden.
- 1.3.2 Die grundsätzlichen Fragen zur Standorteignung für Hochhäuser können aber nicht isoliert behandelt werden. Es braucht dazu eine städtebauliche Gesamtbetrachtung auf der Stufe der bestehenden Instrumente "Leitplan und Leitblätter". Die vorliegende Studie kann an die Tradition des Hochhauses in Grenchen anknüpfen.
- 1.3.3 Um die grosse Nachfrage nach Wohnraum im aufstrebenden Grenchen zwischen 1950 und 1970 befriedigen zu können, entstanden auch Wohnungen in Hochhäusern. Bauten wie Sorag im Zentrum, Hallgarten am Bahnhof oder das Ruffinihochhaus im Sichtmauerwerk waren für diese Zeit richtungsweisend.
- 1.4. Hochhäuser in Grenchen - eine städtebauliche Standortbestimmung
- 1.4.1 Die städtebauliche Standortbestimmung "Hochhäuser in Grenchen" soll als weiteres Kapitel den bestehenden Leitblättern angefügt werden und bei aktuellen und zukünftigen Hochhausdiskussionen als Beurteilungsgrundlage beigezogen werden. Das vorliegende Grundlagenpapier umfasst eine Auflistung von möglichen Standorten für Hochhäuser sowie generelle Beurteilungskriterien. Die Liste der möglichen Standorte ist nicht abschliessend zu betrachten.
- 1.4.2 Als wesentliche Beurteilungskriterien bzw. Zweckmässigkeit eines Hochhausstandortes werden beigezogen:
- Bedeutung als Orientierungsmarke im öffentlichen Interesse
  - Das Hochhaus als Mittel zur Verdichtung
  - Kriterien zur Wohnqualität und Aussenräumen
  - Verkehr und Erschliessung
  - Ökologie und Mikroklima
  - Nutzungsmix
- 1.4.3 Die rechtskräftige baurechtliche Grundordnung der Stadt Grenchen erlaubt mit der Bauklasse 6 in der Zentrumszone 6 Geschosse. Die Bauklasse H (Hochhaus) verlangt für Bauten mit mehr als 19.50 m Gebäudehöhe obligatorisch einen Gestaltungsplan. Für die Realisierung eines Hochhauses an den definierten Standorten müssen Zone und Bauklasse im Rahmen des Gestaltungsplanverfahrens neu definiert werden. Um die für ein Hochhaus erforderlichen städtebaulichen und architektonischen Qualitäten gewährleisten zu können, wird die vorgängige Durchführung eines Wettbewerbes empfohlen.
- 1.5. Gemäss Baudirektion hat die Ansiedlung eines Hochhauses weitreichende Konsequenzen für das Ortsbild, das Verkehrsaufkommen oder das Mikroklima zu Folge. Neben den städtebaulichen Akzenten können auch die gesellschaftlichen Verhältnisse mit einem grossen Gebäude markant beeinflusst werden.
- Es ist deshalb für die Baudirektion wichtig über generelle, behördenverbindliche Zielsetzungen und Bedingungen zu verfügen welche das Thema aus einer gesamtstädtischen Sicht betrachten.
- 1.5.1 Die Errichtung eines Hochhauses erfordert in jedem Fall eine überdurchschnittliche planerische und architektonische Qualität.



Lieblose Renditebauten und übertriebene Verdichtung in den Boomjahren haben dem Image des Hochhauses geschadet. Zurzeit ist eine eigentliche "Renaissance" der Hochhausidee festzustellen. Dabei werden attraktive Hochhaustypen mit grosszügigen, begrünten Aussenräumen in Form von Zwischengeschossen, Balkonen oder Logen entwickelt.

- 1.5.2 Um die gewünschten Qualitäten zu erreichen, sind die Mittel von Gestaltungsplan und Wettbewerb konsequent anzuwenden.
- 1.6. Nach Ansicht der Bau-, Planungs- und Umweltkommission soll die Vorlage als Strategiepapier angesehen werden, welches bei aktuellen Projekten als Grundlage herangezogen werden kann. Dennoch soll Grenchen auch weiterhin als lebenswerte Kleinstadt gelten und vorhandene Strukturen dürfen nicht zerstört werden. Zur Umsetzung von zukünftigen Anfragen, ist ein Gestaltungsplan zwingend. Ausserdem muss unbedingt versucht werden den möglichen Investoren die Ausschreibung im Wettbewerbsverfahren schmackhaft zu machen. Lieblose Hochhausbauten dürfen nicht entstehen.

## 2. Eintreten

- 2.1. Gemäss Gemeinderat Remo Bill zeigt die Schrift der Baudirektion «Die städtebauliche Standortbestimmung – Hochhäuser in Grenchen» auch für Laien in übersichtlicher Form auf, was ein Hochhaus ist und wo eine Realisation in Grenchen möglich wäre. Es ist ein hilfreiches Instrument und bildet eine gute Grundlage für mögliche Investoren. Man muss zur Ressource Bauland Sorge tragen. An die jährlichen Schreckensmeldungen hat man sich längst gewöhnt: In der Schweiz wird pro Sekunde ein m2 Boden verbaut. Das sind acht Autoabstellplätze pro Minute oder die Fläche eines kleinen Bauernbetriebs pro Tag. Es ist wichtig, dass verdichtet gebaut werden kann. Einfamilienhäuser sind nicht die Siedlungsform der Zukunft. Die Bau- und Zonenvorschriften müssen dementsprechend angepasst werden, dass eine Verdichtung stattfinden kann: Hochhäuser haben in der Schweiz Zukunftschancen. Auch in Grenchen! Wichtig ist, dass keine lieblosen Spekulationsbauten zugelassen werden. Die Instrumente Gestaltungsplanpflicht und Ideenwettbewerb können dazu beitragen.
- 2.2. Die CVP, so Gemeinderat Andreas Kummer, ist für Nicht-Eintreten. Sie hält den Bedarf für solchen Wohnraum in Grenchen nicht für ausgewiesen. Aufgrund der bereits gesammelten Erfahrungen mit den bestehenden Hochhäusern wird deutlich, dass die Wohnlichkeit grundsätzlich schlecht und der Wohnraum nicht anziehend ist. Städtebaulich hält die CVP Hochhäuser ebenfalls nicht für attraktiv. Sie beeinflussen das Stadtbild negativ. Verdichtete Bauweise ja, Hochhäuser nein. Auch wenn in den Unterlagen steht, dass keine seelenlosen Renditebauten entstehen sollen. Hochhäuser werden nie ganz das bringen, was allenfalls kreative Bauten in verdichteter Bauweise bieten können. Ein Hochhaus bleibt, auch wenn es kreativ gestaltet ist, ein Hochhaus. Was die Skyline betrifft, hält die CVP die jetzigen Hochhäuser auch nicht gerade für ein Ruhmesblatt für das Grenchner Stadtbild. Es würde eher noch verschlechtern, wenn man weitere solche Hochhäuser bauen würde. Für die CVP sind Hochhäuser nicht die richtige Bauform, um Grenchen städtebaulich zu fördern. Andreas Kummer macht beliebt, nicht auf das Geschäft einzutreten.
- 2.3. Wie Richard Aschberger, Ersatz-Gemeinderat, ausführt, kann die SVP dem Grundsatzpapier zustimmen. Auch sie will, dass lieblose Bauten verhindert werden. Es ist wichtig, dass man gutes Steuersubstrat nach Grenchen holen kann und keine Ghettobildung forciert wird.

- 2.4. Gemeinderat Reto Mosimann und Präsident BAPLUK meint "Wer rastet, der rostet" - dies will man in der Stadt Grenchen nicht. Die Stadtentwicklung in Grenchen ist ein lang andauernder, stetiger Prozess, ein nachhaltiger Kompromiss zwischen Vision und Realität, eine vernunftmässige Umsetzung in der Planung im Umfeld der vielschichtigen und immer schneller werdenden Gesellschaftsformen. Die Strategie ist behördenverbindlich. Das vorliegende Papier sollte bei konkreten Anfragen von Grundeigentümern und Investoren als Basis zum Arbeiten dienen. Zentral ist, dass ein Gestaltungsplan vorliegen muss, und der Nachdruck zur Durchführung von Wettbewerben muss gefordert werden. Ein Maximum an räumlicher und architektonischer Qualität muss vorliegen, um überhaupt die nächste Etappe in einem solchen Projekt ermöglichen zu können. Behörden und Kommission koordinieren und betreuen dabei den Prozess, wenn möglich oder zwingend, mit der erforderlichen Beharrlichkeit. Fazit: Es ist zweckmässig und angebracht, für konkrete Anfragen so ein Strategiepapier zu haben und damit arbeiten zu können, wenn die Anfrage wirklich real ist. Eine erste Basis ist geschaffen. Man muss wissen, dass für die Umsetzung noch viel mehr komplexe Themen berücksichtigt werden müssen, was weitere Zeit in Anspruch nehmen und Kosten verursachen wird. Die FDP ist für Eintreten.
- 2.5. Gemeinderat Heinz Müller hat für den Antrag der CVP gewisse Sympathie. Wie aber bereits der Fraktionssprecher gesagt hat, will die SVP dieser Städteplanung nicht im Wege stehen. Sie möchte aber nochmals darauf hinweisen, dass man heute in Grenchen Billig- und Billigstwohnungen en masse hat. Man sollte deshalb bei einer Standortbestimmung darauf achten, dass man Qualitätswohnraum schaffen kann, damit man gute Steuerzahler nach Grenchen locken kann. Von solchen, welche Steuergelder beziehen, gibt es genug. Dies ist das grosse Anliegen der SVP. Sie wollte aber nicht gleich das ganze Geschäft ablehnen. Die CVP hat sich bestimmt die gleichen Gedanken gemacht.

Eintreten wird beschlossen.

### 3. Detailberatung

- 3.1. Der Antrag von Andreas Kummer auf Nicht-Eintreten mit 13 : 2 Stimmen abgelehnt.

In der Schlussabstimmung ergeht mit 13 : 2 Stimmen folgender

### 4. Beschluss

- 4.1. Der städtebaulichen Standortbestimmung - Hochhäuser in Grenchen, vom Dezember 2009 wird zugestimmt. Der Bericht wird Bestandteil des Leitbildes der Stadt Grenchen.
- 4.2. Die Baudirektion wird beauftragt, die städtebauliche Standortbestimmung - Hochhäuser in Grenchen im Sinne von §3 Baureglement als Beurteilungsgrundlage bei Anfragen zu Hochhäusern in Grenchen zu konsultieren.

**Vollzug:** BD

BD  
BAPLUK

7.9.1 / acs

## **Regionale Zusammenarbeit - Regionale Strukturen: Projekt Trägerschaften / Umfrage des Bau- und Justizdepartements**

Vorlage: BD/11.02.2010

### 1. Erläuterungen zum Eintreten

1.1. Laut Stadtpräsident Boris Banga hat er die Sache zusammen mit Stadtbaumeister Claude Barbey und anderen Abteilungsvorstehern lange diskutiert. Man gelangte zur Ansicht, dass das Papier politisch so brisant ist, dass man es nicht eigenständig oder nur in der Gemeinderatskommission, sondern in der Öffentlichkeit verabschieden möchte.

1.2. Wie Stadtbaumeister Claude Barbey ausführt, sind die Gemeinden des Kantons Solothurn im Anschluss an die Informationsveranstaltungen des Kantons im November und Dezember des vergangenen Jahres zum Thema „Regionalpolitik – Stärkung der Gemeinden oder Autonomieverlust?“ eingeladen, im Rahmen einer Umfrage zu den möglichen Strukturen einer zukünftigen regionalen Zusammenarbeit Stellung zu nehmen. Die Stellungnahme ist bis 12. März 2010 dem Amt für Raumplanung einzureichen.

1.2.1 Grundlage für die Beantwortung der Fragen ist das Thesenpapier „Projekt Regionale Trägerschaften“ vom 11. Dezember 2009.

Auslöser für die Aufarbeitung des Themas Regionalpolitik und ihre Trägerschaften durch den Kanton ist der Auftrag der Fraktionen CVP/EVP im Kantonsrat vom 04.12. 2007: „Umsetzung der Agglomerationsprogramme und Schaffung regionaler Trägerschaften“, welcher mit RRB Nr. 2008/1698 vom 23.09.2008 erheblich erklärt wurde. Der Auftrag erfolgt vor dem Hintergrund, dass die hohen Anforderungen des Bundes an die Trägerschaften zur Umsetzung der Agglomerationsprogramme zum heutigen Zeitpunkt im Kanton Solothurn nicht vollumfänglich erfüllt werden können. Im Wissen um die Komplexität und die politische Brisanz dieser Fragestellungen, hat der Regierungsrat für die Bearbeitung dieser Themen eine fachlich und politisch breit abgestützte Arbeitsgruppe eingesetzt. Diese Arbeitsgruppe geht davon aus, dass die Bereitschaft, im Interesse einer Region gewisse Selbstbestimmungsrechte aufzugeben, in den Gemeinden wachsen muss und nicht von oben mit Gesetzesänderungen aufgezwungen werden kann. In diesem Sinne werden mit der vorliegenden Umfrage in einem ersten Schritt die Meinungen der Kommunalbehörden zum Thema Regionalpolitik und ihre Trägerschaften eingeholt. Falls dieser erste Schritt (Grundsatzfragen) überwiegend positiv ausfällt, soll in einem zweiten Arbeitsschritt das Modell vertieft werden und falls auch hier Zustimmung erreicht wird, kann die Umsetzung des Modells angegangen werden (Anpassung der Rechtsgrundlagen).

### 1.3. Erwägungen

#### 1.3.1 Grundsätzliches:

Es ist festzustellen, dass immer mehr Aufgaben nach oben, also auf kantonale Ebene delegiert werden sollen, nicht zuletzt um gewisse Entscheidungsprozesse zu verkürzen. Die Tatsache, dass die wesentlichen Fragen des Zusammenlebens zunehmend überkommunal angegangen werden müssen, macht eine Prüfung der Organisation von regionalen Strukturen unumgänglich. Ob dieser Ansatz in allen Bereichen wie Verkehr, Bildung, Kultur, Sozial- und Steuerpolitik anwendbar ist muss jedoch bezweifelt werden.

#### 1.3.2 Beantwortung der Fragen

##### 1.3.2.1 These 1: Es besteht bezüglich der regionalen Zusammenarbeit grundsätzlich Handlungsbedarf.

Antwort: ja. Begründung: Die Stadt Grenchen praktiziert die regionale Zusammenarbeit bisher als Mitglied der Repla Grenchen/Büren als Randgemeinde über die Kantonsgrenzen hinweg. Im Thesenpapier des Kantons Solothurn ist kantonsübergreifende Problematik kaum erwähnt! Der Kanton Solothurn ist in der Repla Grenchen Büren nur marginal engagiert und die Zusammenarbeit über die Regionsgrenzen im Westen wird ungenügend berücksichtigt. Die Ausrichtung von Bundesgeldern zur Erfüllung gemeinsamen Aufgaben setzt aber in der Regel eine funktionsfähige regionale Trägerschaft voraus. Die kantonsübergreifende Arbeit ist zwingend mit hoher Priorität zu stärken!

##### 1.3.2.2 These 2: Regionale Trägerschaften sollen sich an den im Papier beschriebenen Zielen messen.

Antwort: ja. Begründung: Die Legitimation und Entscheidungsbefugnis regionaler Organisationen ist zu erhöhen um den bisher meist langen Entscheidungswegen oder der mangelnden Verbindlichkeit dieser Gremien entgegenzuwirken. Dabei ist der Gemeindeautonomie die gebührende Beachtung zu schenken. Die beschriebenen Ziele nehmen aber zu wenig Rücksicht auf funktionierende bestehende Struktur Repla Grenchen Büren, dies darf nicht „zerschlagen“ werden.

##### 1.3.2.3 These 3: Eine regionale Trägerschaft soll sich nicht nur auf die Siedlungsentwicklung und den Verkehr beschränken, sondern auch die Steuerung anderer Politikbereiche ermöglichen.

Antwort: ja. Begründung: Dass Siedlungsentwicklung und Verkehr an der Gemeindegrenze nicht halt machen ist allgemein bekannt. Aber auch weitere Bereiche werden zunehmend regionalisiert, wie z.B. die Sozialregion Leberberg. Bei jedem solchen Schritt sind eine umfassende Koordination und gute Öffentlichkeitsarbeit erforderlich, es besteht die Gefahr dass „Regionalisierungen“ von der Bevölkerung als Leistungsabbau wahrgenommen werden. Themen wie Kultur und Sport müssen nicht mit gleicher Priorität einbezogen werden, denn lokale Gemeinschaften haben oft anderer Bedürfnisse.

##### 1.3.2.4 These 4: Die Errichtung einer regionalen Trägerschaft erscheint sinnvoll.

Antwort: ja, aber..... Begründung: Mit dem Zusammenschluss zu regionalen Trägerschaften für die interkommunale Zusammenarbeit werden die einzelnen Gemeinden auch zu einem starken Ansprechpartner gegenüber dem Kanton. Was ist mit den Kosten, wer zahlt fällt immer noch den abschliessenden Beschluss! Das Thema Steuern wird nicht aufgenommen und wird konsequent ausgeblendet. Steuerpolitik ist letztlich die wirksamste Form von Regionalpolitik.

- 1.3.2.5 These 5: Der Kanton gibt die Grundzüge der regionalen Strukturen vor. Die Regionen (Gemeinden, Stimmberechtigte) entscheiden, ob eine regionale Struktur eingeführt werden soll. Kantonalen Zwang ist bei der Einführung fehl am Platz.

Antwort: ja. Begründung: Diese Hierarchie ist richtig, es kann niemand zum Glück gezwungen werden. Der Kanton macht die Vorgaben für flächendeckende regionale Strukturen in Absprache mit den Gemeinden. Wenn die Gemeinden mit Mehrheitsbeschluss über die Einführung regionaler Trägerschaften entscheiden können, ist auch gewährleistet, dass Gemeinden und Bevölkerung hinter dieser Idee stehen. Zu den Kosten werden wiederum keine Aussagen gemacht.

- 1.3.2.6 These 6: Das Vorgehen orientiert sich an den im Papier dargestellten Anforderungen.

Antwort: ja. Begründung: Mit der Schaffung von regionalen Trägerschaften soll bewusst keine neue, selbständige staatliche Ebene entstehen. Die politisch gewählten Mandatsträger einer regionalen Organisation vertreten die Interessen ihrer jeweiligen Gemeinde.

- 1.3.2.7 These 7: Die im Papier beschriebenen Alternativen sind nicht zielführend.

Antwort: bedingt ja. Begründung: Das Eine schliesst das Andere nicht aus. Obwohl die regionale Zusammenarbeit auf freiwilliger Basis im Fall der Repla Grenchen/Büren sehr gut funktioniert, scheint eine Stärkung von flächendeckenden regionalen Strukturen in Zusammenarbeit von Kanton und Gemeinden sinnvoll, aber nur wenn sie kantonsübergreifend sind! Weiter muss der Kanton sich hier nicht zurücknehmen sondern stärker einbringen, er kommt nicht darum herum, insbesondere im Bereich Nutzungsplanung (§ 68 BPG) auch unter Einbezug des Ausgleichs von Vor- und Nachteilen unter den Gemeinden (§ 72 BPG) klare Vorgaben zu machen und für deren Vollzug zu sorgen.

Klare, übergeordnete Vorgaben im Bereich der Raumplanung sind als Leitlinien für regionale Konzepte unabdingbar. Der Kanton ist hier gefordert mehr Führungsaufgaben zu übernehmen, oft entscheidet er nicht.

- 1.3.3 Zusammenfassende Betrachtung

Die Stadt Grenchen engagiert sich bereits heute in verschiedenen überkommunalen Trägerschaften und macht dabei mehrheitlich gute Erfahrungen. So z.B. in der kantonsübergreifenden Regionalplanung Grenchen/Büren (regionale Energieberatung, ÖQV-Netzwerk, Richtplan ADT, regionales Verkehrs- und Siedlungskonzept), in der Erfahrungsgruppe Energiestädte Kanton Solothurn, in der kantonalen Plattform so!mobil. Eine verbesserte Institutionalisierung der regionalen Zusammenarbeit mit einheitlichen Strukturen erscheint unter dem Aspekt der zunehmenden grossräumigen Verflechtungen notwendig. Ob deshalb nicht die Stärkung der bestehenden Regionalplanungsgruppen genügen würde, bleibt im Arbeitspapier unbeantwortet.

Es könnte der Verdacht aufkommen, um vom Bund Gelder für „Aggloprogramme“ abzuholen, neue Strukturen zu schaffen – ob dies den Zweck einer neuen „Ebene“ zwischen Gemeinden und Kanton rechtfertigt bleibt offen. Die geografische Form des Kantons Solothurn zwingt ihn zu überkantonalen Handeln, dies ist sein Dilemma welches, aus was für Gründen auch immer, im Papier ausgeblendet wird. Die Stadt Grenchen kann als grenzübergreifendes Regionalzentrum in der Raumordnungsstruktur des Kantons hier eine Leit- /Vorbildfunktion übernehmen.

## 2. Eintreten

- 2.1. Boris Banga hat noch drei Bemerkungen: Wie er schon beim Verband der Einwohnergemeinden erleben konnte, hat er den Eindruck, dass es hier um einen „Patienten“ geht, der nicht einmal mehr auf der Intensivstation liegt, sondern zuerst wieder belebt werden muss. Es ist ein typisch kantonales Projekt, welches fragt, welche Aufgaben bei den Gemeinden falsch angesiedelt sind und welche man an den Kanton hinaufdelegieren könnte. Aber dass es viele Aufgaben geben würde, welche der Kanton an die Gesamtheit der Gemeinden hinunterdelegieren könnte, ist keine Diskussion. Er erachtet es als Finanzpolitiker als störend und unanständig, dass, nur weil man beim Bund Geld abholen kann, neue Strukturen geschaffen werden.
- 2.2. Gemeinderat Aldo Bigolin erklärt, dass der Stadtbaumeister in der FDP-Fraktion die Fragen detailliert erläutert hat. Die FDP kann die Antworten der Baudirektion und der Repla zu den Thesen 1 bis 7 so unterstützen. Sie findet die Antworten gut und auch richtig. Im Speziellen stützt sie auch den Antrag Ziff. 3.3 der Vorlage, welcher besagt, dass die gut funktionierende Repla nicht geopfert, sondern gestärkt werden soll. In diesem Sinne ist die FDP für Eintreten.
- 2.3. Die SVP, so Richard Aschberger, Ersatz-Gemeinderat, kann sich dem Beschlussentwurf so nicht anschliessen. Sie möchte festhalten, dass sie gegen eine Neuorganisation ist. Zu viele Fragen und Bereiche bleiben komplett unbeleuchtet, vielleicht auch absichtlich, wie z.B. die Frage nach den entstehenden Kosten, dem Umfang der Organisation - jemand muss es ja schliesslich machen. Allenfalls gibt es sogar später ein neues Amt. Auch auf Nachfrage konnten der SVP keine genauen Informationen gegeben werden. Aus diesem Grund gibt die SVP auch keinen Blanco-Check heraus. Sie möchte verbindliche Angaben darüber haben, wie viel die Strukturen kosten und welchen Umfang diese Übung hat. Die SVP ist für Nicht-Eintreten.
- 2.4. Gemeinderätin Clivia Wullimann glaubt nicht, dass das Papier so vom Kanton gemeint ist. Es ist eine Umfrage, wie man grundsätzlich dazu steht. Sie findet auch, dass sich der Kanton schon ein wenig in einer abgehobenen Sphäre bewegt. Es geht hier aber nicht um ganz konkrete Projekte. Sie geht mit der Baudirektion einig, dass man dafür sorgen sollte, dass die Repla gestärkt und nicht ausgeschaltet wird. Für Grenchen ist auch wichtig, dass man bei der Bildung von solchen regionalen Trägerschaften auch über die Kantonsgrenze hinausgehen kann, z.B. nach Lengnau etc. In dieser ganzen Geschichte darf man schon eine kritische Haltung haben. Man muss auch schauen, wo das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden bleibt, wenn alles hinaufdelegiert wird. Die Gemeinden haben bereits heute praktisch nichts mehr zu sagen. Wenn alles hinaufdelegiert wird, kann man die Gemeinden letztlich abschaffen. Die Gemeinden müssen darauf achten, was sie herausgeben und was nicht. Es darf kein Zwang von oben herrschen. Es darf nicht sein, dass der Kanton bestimmt, dass die Gemeinden (im Sinne einer Pflicht) beitreten müssen.

Es tönt zwar jetzt schon anders, aber sie hat beim Kanton schon Fälle erlebt, wo es plötzlich doch Zwang wurde. In diesem Sinne kann die SP-Fraktion das Papier unterstützen.

- 2.5. Die CVP, so führt Gemeinderat Andreas Kummer aus, findet das vorliegende Papier gut und ist für Eintreten. Sie hat es auch so verstanden, dass es sich um eine Umfrage handelt und noch nichts vorgespurt ist. Für die CVP sind die Thesen 4 und 5 zentral. Leider wird das Thema Steuern ausgeblendet. Die Steuerpolitik müsste hier auch thematisiert werden. Ein kantonaler Zwang ist auch für die CVP fehl am Platz. Sie ist mit der Beantwortung der Thesen einverstanden. Man vergibt sich nichts. Sie will auf gar keinen Fall, dass die Repla durch irgendwelche übergeordnete Organisationen geschwächt wird.
- 2.6. Boris Banga denkt nicht, dass es sachdienlich wäre, wenn man nicht auf das Geschäft eintreten würde. Dann würde man dem Kanton keine Antwort geben. Lieber eine differenzierte, negative als gar keine Antwort.
- 2.7. Gemeinderat Heinz Müller zieht den Antrag der SVP auf Nicht-Eintreten zurück. Für ihn ist vor allem wichtig, dass der Kanton bei diesem Geschäft nicht den Lead übernimmt. Eintreten wird beschlossen.

### 3. Detailberatung

- 3.1. Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

### 4. Beschluss

- 4.1. Der Gemeinderat schliesst sich den Erwägungen zu den Thesen 1 bis 7 an.
- 4.2. Neue Strukturen machen nur dann Sinn, wenn sie vermehrt kantonsübergreifend organisiert werden. Tendenziell besteht jedoch wenig Handlungsbedarf im Lebens- und Siedlungsraum Grenchen eine neue „Ebene“ zwischen Kanton und Gemeinden zu schaffen.
- 4.3. Die heute gut funktionierende Repla darf nicht geopfert, sondern soll gestärkt werden. Unter dieser Voraussetzung wird die Stossrichtung zur Schaffung flächendeckender regionaler Strukturen im Sinne des Vorschlages des Bau- und Justizdepartementes vom 14. Dezember 2009 unterstützt.
- 4.4. Die Kanzlei wird beauftragt, im Namen des Gemeinderates die Fragen des Bau- und Justizdepartements im Sinne der Erwägungen bis zum 12. März 2010 zu beantworten.

**Vollzug:** BD, KZL

BD

7.9.1 / acs

## **Interpellation Richard Aschberger (SVP): Sonderkredit von CHF 1 Mio. für Bürgschaften**

Vorlage: GRB 2331/19.01.2010

1. Mit Datum vom 19. Januar 2010 reichte Richard Aschberger (SVP) folgende Interpellation ein:
  - 1.1. *Interpellationstext:*

Mit Beschlussnummer 2225 vom 16. Juni 2009 wurde im Gemeinderat ein Sonderkredit über eine Million Franken für Bürgschaften für hiesige Unternehmen beschlossen.

Bis jetzt erhielt der Gemeinderat noch keine weiteren Informationen zu diesem Thema; daher bitte ich die Verwaltung um die Beantwortung folgender Fragen:

    1. *Wie ist der Status betreffend die Bürgschaften, wurden diese überhaupt nachgefragt?*
    2. *Traten dabei Probleme auf (bspw. wurde ja der Bürgschaftsrahmen von maximal CHF 100'000 pro Firma als sehr tief empfunden)?*
    3. *Wie wurden die Unternehmen angeschrieben/angesprochen, um sie auf dieses "Angebot" aufmerksam zu machen?*
2. Beantwortung
  - 2.1. Gemäss Stadtpräsident Boris Banga wurde die Interpellation von der Wirtschaftsförderung beantwortet. Die Interpellationsantwort wurde mit den Unterlagen zum heutigen Gemeinderat versandt und wird nicht mehr verlesen. Der Interpellant kann sich mit kurzer Begründung von der Antwort befriedigt, teilweise befriedigt oder nicht befriedigt erklären (§ 35 Abs. 3 GO). Eine Diskussion findet nur auf Antrag und nach Beschluss der Mehrheit der Stimmenden statt (§ 35 Abs. 4 GO).
3. Begründung
  - 3.1. Richard Aschberger, Ersatz-Gemeinderat, bedankt sich für die Arbeit und erklärt sich von der Antwort zur Interpellation befriedigt.



4. Es liegt kein Antrag auf Diskussion vor. Das Geschäft wird damit als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

Wifö  
FV

8.5.1 / acs

# **Stadt Grenchen**

---

*Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates*

*Sitzung Nr. 2*

*vom 23. Februar 2010*

*Beschluss Nr. 2342*

## **Regionalplanungsgruppe Grenchen-Büren (Repla GB) / Vorschlag der Stadt Grenchen für das Amt des Präsidenten**

Vorlage: KZL/18.01.2010

### 1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Wie Stadtpräsident Boris Banga ausführt, stellt bei der Regionalplanungsgruppe Grenchen-Büren bis anhin die Stadt Grenchen den Präsidenten, die Gemeinde Büren den Vizepräsidenten. Der bisherige Präsident, Dr. Alexander Kohli, wird sein Amt per nächste Mitgliederversammlung vom 22. April 2010 niederlegen.
- 1.2. Die FdP nominiert mit Schreiben vom 7. Januar 2010 Konrad Schleiss, Dr. Dipl. Ing. Agr. ETH, Weinbergstrasse 46, 2540 Grenchen (Curriculum Vitae siehe Beilage).
- 1.3. Da kein Rechtsanspruch der FdP auf das Präsidium der Repla besteht, wurden die Präsidenten bzw. die Präsidentin der SP, SVP und CVP von der Stadtkanzlei mit Schreiben vom 12. Januar 2010 aufgerufen, eine geeignete Kandidatin oder einen geeigneten Kandidaten vorzuschlagen.
- 1.4. SVP, SP und CVP verzichten mit Schreiben vom 15. Januar, resp. 17. Januar 2010 auf eine eigene Nomination.
- 1.5. Gemäss Art. 10 der Statuten der Repla bestätigt die Mitgliederversammlung die von den Gemeinden vorgeschlagenen Vorstandsmitglieder (Grenchen: 3) und wählt den Präsidenten und den Vizepräsidenten für die Amtsdauer von vier Jahren.
- 1.6. Gestützt auf die Ausgangslage schlägt Stadtpräsident Boris Banga dem Gemeinderat zuhänden der Mitgliederversammlung der Repla GB als Kandidat für das Amt des Präsidenten vor:  
Konrad Schleiss, Dr. Dipl. Ing. Agr. ETH, Weinbergstrasse 46, 2540 Grenchen

### 2. Eintreten

- 2.1. Vize-Stadtpräsident Hubert Bläsi erklärt, dass ihm der Kandidat bekannt ist, weil er seit ca. 7 Jahren in seiner näheren Nachbarschaft wohnt. In Diskussionen hat Konrad Schleiss immer wieder politische Themen eingebracht und damit sein Interesse an aktuellen Ereignissen demonstriert. Auch ist er ihm mehrmals an öffentlichen Veranstaltungen begegnet. Sowohl als Berufsmann, Familienvater, wie auch als Mensch, welcher in erweiterten Zusammenhängen denken kann, empfiehlt Hubert Bläsi dem Gemeinderat Konrad Schleiss, zuhänden der Mitgliederversammlung der Repla Grenchen/Büren, für das Amt des Präsidenten.

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

3.1. Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

4.1. Konrad Schleiss, Dr. Dipl. Ing. Agr. ETH, Weinbergstrasse 46, 2540 Grenchen, wird zuhanden der Mitgliederversammlung der Repla GB als Kandidat für das Amt des Präsidenten vorgeschlagen.

**Vollzug**      KZL

**Zu eröffnen:** - Konrad Schleiss, Dr. Dipl. Ing. Agr. ETH, Weinbergstrasse 46, 2540 Grenchen  
- Repla Grenchen-Büren, Dammstrasse 14, 2540 Grenchen

BD  
Ortsparteien SP, FdP, SVP, CVP

0.2.2 / acs

**Stiftung Adrian Girard und dessen Nachkommen Maria Dorer-Girard und Arthur Girard,  
Grenchen: Wahl der Revisionsstelle**

Vorlage: KZL/26.01.2010

1. Erläuterungen zum Eintreten
  - 1.1. Wie Stadtpräsident Boris Banga ausführt, soll gemäss Art 12 der Statuten der Stiftung Adrian Girard die Rechnungsführung alljährlich durch den Finanzkontrolleur der Stadt Grenchen und die Rechnungsprüfungskommission der Einwohnergemeinde Grenchen zuhänden des Stiftungsrates, des Aufsichtsrates und der kantonalen Aufsichtsbehörde kontrolliert werden.
  - 1.2. Mit GRB 3885 vom 23. Oktober 2007 wählte der Gemeinderat für den Rest der Amtsperiode 2005 - 2009 folgende Personen als Revisionsstelle der Stiftung Adrian Girard und dessen Nachkommen Maria Dorer-Girard und Arthur Girard:
    - Beat Jeannerat, geb. 16.01.1962, von Montenol, in Grenchen (Mitglied RPK)
    - Jean-Pierre Häni, geb. 26.08.1967, von Arch, in Grenchen (Mitglied RPK)
  - 1.3. Mit Inkrafttreten des Bundesgesetzes über die Zulassung und Beaufsichtigung der Revisorinnen/Revisoren (Revisionsaufsichtsgesetz, RAG) per 01.09.2007, müssen auch die klassischen Stiftungen neu über einen von der Eidgenössischen Revisionsaufsichtsbehörde zugelassenen Revisor oder Revisionsexperten verfügen. Die neuen Vorschriften gelten erstmals für die Revision der Jahresrechnung 2008.
  - 1.4. Aufgrund neuen Anforderungen gemäss RAG und nach Abklärungen der Finanzverwaltung mit der Eidg. Revisionsaufsichtsbehörde wurde der Stiftung Adrian Girard empfohlen, das Revisionsmandat ab der Jahresrechnung 2008 einem Treuhandbüro, welches über die notwendige Zulassung verfügt, zu übertragen.
  - 1.5. Gestützt darauf hat der Stiftungsrat der Stiftung Adrian Girard die Rovedyma Treuhand AG, Grenchen, für die Revision der Jahresrechnung 2008 gewählt.
  - 1.6. Die Finanzverwaltung hat die Stiftung Adrian Girard im November 2009 darauf hingewiesen, dass der Gemeinderat der Stadt Grenchen für die formelle Wahl der Revisionsstelle zuständig ist und ersucht, für die Amtsperiode 2009 - 2013 einen entsprechenden Antrag zuhänden Gemeinderat einzureichen.
  - 1.7. Gestützt darauf beantragt der Stiftungsrat gemäss Zirkulationsbeschluss vom 26. Januar 2010 dem Gemeinderat der Stadt Grenchen die Wahl der Rovedyma Treuhand AG, Grenchen, als Revisionsstelle der Stiftung Adrian Girard, Grenchen, für die Amtsperiode 2009 - 2013.

1.8. Die vorgeschlagene Revisionsstelle erfüllt die gesetzlichen Voraussetzungen und ist damit wählbar.

2. Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

3.1. Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

4.1. Die Rovedyma Treuhand AG, Grenchen, wird für die Dauer der Amtsperiode 2009 - 2013 als Revisionsstelle der Stiftung Adrian und dessen Nachkommen Maria Dorer-Girard und Arthur Girard, Grenchen, gewählt.

Zu eröffnen an: - Stiftung Adrian Girard, Grenchen  
- Rovedyma Treuhand AG, Schützengasse 18, Grenchen

**Vollzug:** KZL

FV

9.6 / acs

## **Stadt Grenchen**

---

*Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates*

*Sitzung Nr. 2*

*vom 23. Februar 2010*

*Beschluss Nr. 2344*

### **Geleitete Schulen Grenchen, Fachkommission: Genehmigung der Demission von Dr. Claudia Frey Marti und Einsetzen eines Wahlausschusses**

Vorlage: KZL/12.02.2010

1. Erläuterungen zum Eintreten
  - 1.1. Wie Stadtpräsident Boris Banga ausführt, wählte der Gemeinderat an seiner Sitzung vom 18. November 2008 Dr. Claudia Frey Marti, Weinbergstrasse 68, 2540 Grenchen, in die Fachkommission Schulen Grenchen (GRB Nr. 2132).
  - 1.2. Dr. Claudia Frey Marti reichte aus beruflichen Gründen per Mitte Januar 2010 mit Schreiben vom 31. Dezember 2009 ihre Demission als Mitglied der Fachkommission ein.
  - 1.3. Nach § 40 des Gemeindegesetzes ist das Gesetz über die politischen Rechte auf Wahlen durch Behörde sinngemäss anwendbar. Dessen § 41 schreibt die öffentliche Ausschreibung vakanter Stellen vor.
  - 1.4. Es wird die Einsetzung eines Wahlausschusses (Stadtpräsident und Vertreter der im Gemeinderat vertretenen Ortsparteien) bzw. das gleiche Verfahren wie bei der Bestellung des Fachausschusses und bei den Ersatzwahlen vorgeschlagen.
  - 1.5. Folgende Personen haben am 25., 26. Januar resp. 1. Februar 2010 bereits ihre Mitarbeit im Wahlgremium zugesagt: Anna Duca (SP), Aldo Bigolin (FdP), Richard Aschberger (SVP), Bea Corti (CVP).
  - 1.6. Die Fachkommission Schulen Grenchen beantragt mit Schreiben vom 25. Januar 2010 dem Stadtpräsidenten und dem Gemeinderat, dass mit der Neubesetzung der vakanten Stelle zugewartet wird, bis die Entscheide des Gemeinderates zur Sek I Aufsichts- und Führungsorganisation gefällt sind, unter Aufteilung der Arbeiten und der Bezahlung auf die beiden verbleibenden Mitglieder. Diese Lösung wird vorgeschlagen, weil dann die Bedingungen für eine Neuwahl besser sind und Frau Jeannette König allenfalls auf diesen Termin hin das Amt niederlegen möchte.
2. Eintreten
  - 2.1. Gemäss Gemeinderat Renato Müller ist die FDP-Fraktion für Eintreten, wird allerdings bei der Detailberatung einen Gegenantrag stellen.  
Eintreten wird beschlossen.

### 3. Detailberatung

- 3.1. Renato Müller erklärt, dass die FDP-Fraktion den Vorschlag bzw. Antrag der Fachkommission Geleitete Schulen, mit der Neubesetzung zuzuwarten bis der Gemeinderat Entscheide betreffend Aufsichts- und Führungsorganisation Sek I Reform gefällt hat, nicht mittragen kann. Mit Hinblick auf die bevorstehenden Entscheide ist es unerlässlich, dass die Fachkommission Geleitete Schulen Grenchen die dazu notwendigen Vorbereitungsarbeiten in Vollbesetzung angehen kann. Eine personelle Vakanz darf der Gemeinderat nicht zulassen. Mit der Demission von Frau Dr. Frey Marti geht viel Wissen und Erfahrung verloren und ein neues Kommissionsmitglied muss sich in Anbetracht der anstehenden Geschäfte gut und so schnell wie möglich einarbeiten können. Dies um so mehr, als dass in den Erwägungen (Ziff. 2.4. der Vorlage) die Rede davon ist, dass Frau Jeannette König nach den Entscheiden des Gemeinderates zur künftigen Aufsichts- und Führungsorganisation Sek 1 allenfalls die Fachkommission ebenfalls verlassen wird. Eine derartige personelle Schwächung der Fachkommission Geleitete Schulen Grenchen darf aus der Sicht der FDP-Fraktion nicht eintreffen und kann mit der sofortigen Neubesetzung verhindert werden. Zudem gibt die Schulordnung vor, dass die Fachkommission Geleitete Schulen mit drei Personen besetzt ist. Er macht beliebt, den Beschlussesentwurf 4.2. abzuändern und stellt namens der FDP-Fraktion entsprechenden Antrag auf sofortige Wiederbesetzung des vakanten Kommissionsplatzes Fachkommission Geleitete Schulen.
- 3.2. Boris Banga hatte heute noch mit Paul Hartmann, Präsident FKSG, telefonischen Kontakt; dieser rechnet damit, dass der Gemeinderat im Mai 2010 die entsprechenden Entscheide bezüglich SEK I-Reform treffen wird. Gemäss Auskunft von Paul Hartmann, hat Frau Jeannette König verlauten lassen, dass sie noch ein Jahr bleibe. Man hätte beide Vakanzten miteinander besetzen können. So wie es jetzt aussieht, wird man den Wahlausschuss zweimal einberufen müssen.

Es ergeht mit 10 : 5 Stimmen folgender

### 4. Beschluss

- 4.1. Die Demission von Dr. Claudia Frey Marti wird unter Verdankung der geleisteten Dienste genehmigt.
- 4.2. Mit der Neubesetzung der vakanten Stelle wird nicht zugewartet.
- 4.3. Für die Vorbereitung der Ersatzwahl(en) in die Fachkommission wird ein Ausschuss eingesetzt, dem folgende Personen angehören:
- |                                      |       |
|--------------------------------------|-------|
| Stadtpräsident Boris Banga (Vorsitz) |       |
| Anna Duca                            | (SP)  |
| Aldo Bigolin                         | (FdP) |
| Richard Aschberger                   | (SVP) |
| Bea Corti                            | (CVP) |
- 4.4. Das Sekretariat des Wahlausschusses wird durch das Personalamt geführt.

Zu eröffnen an: Dr. Claudia Frey Marti, Weinbergstrasse 68, 2540 Grenchen

**Vollzug:** KZL, PA, FV

AG GSG

PA

SV

GLSG

Paul Hartmann, Präsident Fachkommission Schulen Grenchen, Hauptstrasse 45, 4578 Bibern

2.0.8 / acs



# **Stadt Grenchen**

---

*Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates*

*Sitzung Nr. 2*

*vom 23. Februar 2010*

*Beschluss Nr. 2345*

## **Ferienplan 2011/2012**

Vorlage: GLSG/22.01.2010

korrigierter Ferienplan/16.02.2010

### 1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Wie Rolf Glaus, Schulleitung Bezirksschule Grenchen-Bettlach, ausführt, genehmigte der Gemeinderat am 24. März 2009 den Ferienplan bis und mit den Sommerferien 2011 (Beschluss-Nr. 2179).
- 1.2. Am 6. November 2009 erliess das Departement für Bildung und Kultur die Verfügung zum Ferienplan für das Schuljahr 2011/2012.
- 1.3. Der Ferienplan ist der kantonalen Verfügung und der neuen Ferienregelung anzupassen.
- 1.4. Die Sommer-, Herbst- und Weihnachtsferiendaten werden vom Kanton übernommen.
- 1.5. Die Sportferien finden jeweils in der ersten Woche der kantonalen Ferienregelung für Sportferien statt.
- 1.6. Die Frühlingsferien beginnen eine Woche früher als dies die kantonale Ferienregelung vorsieht und dauern 3 Wochen.
- 1.7. In der kantonalen Verfügung vom 6. November 2009 (Ferienplan für die Kantonalen Mittel- und Berufsschulen) hat sich ein Fehler bei der Angabe der Ostern 2012 eingeschlichen. Der letzte Schultag vor den Frühlingsferien 2012 ist der 30. März 2012 (und nicht der 29. März 2012).
- 1.8. Die Stadtkanzlei hat den GR-Mitgliedern am 16. Februar 2010 den korrigierten Ferienplan zukommen lassen.

### 2. Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

### 3. Detailberatung

- 3.1. Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

4.1. Der aktualisierte Ferienplan wird bis und mit den Sommerferien 2012 genehmigt.

**Vollzug:** GLSG, SV

Beilage: Ferienplan 2011/2012 (korrigierte Version)

GLSG  
SV  
FV

2.0.0 / acs

## Interpellation Remo Bill (SP): Leimenstrasse Quartierstrasse?

1. Mit Datum vom 23. Februar 2010 reicht Remo Bill (SP) folgende Interpellation ein:

1.1. *Interpellationstext:*

### *Ausgangslage*

*Die flankierenden Massnahmen sowie die Neugestaltung des Strassenraumes der Solothurnstrasse sind zum grossen Teil in Zusammenarbeit mit dem Kanton Solothurn ausgeführt worden. Die Autobahnzubringer-Ost Richtung Hundsacker und -West Richtung Schlachthausstrasse sind vorhanden.*

### *Solothurnstrasse*

*Nach der Fertigstellung der flankierenden Massnahmen muss (wird) eine Überprüfung der Verkehrsfrequenz erfolgen. In der Praxis zeigt sich, dass neben der Löwenkreuzung auch andere Kreuzungen überprüft werden müssen. Von Solothurn herkommend ist das Linksabbiegen bei der Kreuzung Kapellstrasse Richtung Einkaufszentrum Migros schwierig. Die Einfahrt von der Solothurnstrasse Richtung Leimenstrasse dagegen ist aus beiden Richtungen problemlos.*

### *Leimenstrasse*

*Die Leimenstrasse wurde in dieser Phase ebenfalls neu gestaltet. Das einseitige Trottoir wurde belassen. Die räumliche Verengung des Strassenraumes mittels Bepflanzung und Parkplätzen hat nicht die geplante Wirkung auf den Verkehrsfluss.*

*Die Strasse wird vom nördlichen Stadtteil und vom Zentrum aus als Zufahrt zur Autobahn benutzt. Wegen der erwähnten Probleme bei der Kapellkreuzung weicht der Verkehr über die Leimenstrasse in Richtung Einkaufszentrum Migros aus. Zudem wird die Strasse auch von Aldi-Kunden von südlich der Aare herkommend als Zufahrt benutzt.*

*Nach Rücksprache mit Anwohnern der Leimenstrasse sind folgende Vorwürfe zu nennen: «Der Lastwagenverkehr aber auch der PW-Verkehr haben seit der Umsetzung der flankierenden Massnahmen auf der Leimenstrasse massiv zugenommen. Durch den guten Ausbau der Leimenstrasse wird die Strasse an Sommerabenden auch als Raserstrecke benutzt. Es ist keine «ruhige» Quartierstrasse wie geplant, sondern eine «lärmige» Durchgangsstrasse mit mehr Verkehr geworden.»*

*Die geplanten Überbauungen im Bereich der Howeg könnten diese Situation noch verschärfen.*

*Fragen an die Verwaltung*

1. *Kann eine Verkehrszählung für diesen Strassenabschnitt vorgezogen werden?*
  2. *Können Lärmmessungen durchgeführt werden?*
  3. *Besteht die Möglichkeit für ein Lastwagenverbot ab Solothurnstrasse bis Güterstrasse?*
  4. *Kann eine Tempo 30-Zone eingeführt werden? Mit Überwachung?*
  5. *Kann die Kreuzung Solothurnstrasse-Leimenstrasse baulich verändert werden?*
  6. *In welchem Zeitraum kann mit Massnahmen (Absichtserklärungen) gerechnet werden?*
2. Die schriftliche Beantwortung der Interpellation erfolgt vor der nächsten oder übernächsten Gemeinderatssitzung.

BD  
Stapo

6.0.1 / acs